

Zentren und Peripherien in Europa: eine Analyse und Interpretation der Verschiebungen zwischen dem ersten und dritten Viertel des 20. Jahrhunderts

Haller, Max; Höllinger, Franz

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Haller, M., & Höllinger, F. (1995). Zentren und Peripherien in Europa: eine Analyse und Interpretation der Verschiebungen zwischen dem ersten und dritten Viertel des 20. Jahrhunderts. *Historical Social Research*, 20(2), 8-54. <https://doi.org/10.12759/hsr.20.1995.2.8-54>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

Zentren und Peripherien in Europa Eine Analyse und Interpretation der Verschiebungen zwischen dem ersten und dritten Viertel des 20. Jahrhunderts

*Max Haller / Franz Höllinger**

Abstract: The paper starts with an overview an three main approaches to the study of center and peripheries: the economic-geographic functional approach (CHRISTALLER), the political-economic approach (WALLERSTEIN) and the cultural-sociological approach (SHILS). We argue that the comprehensive approach of Stein ROKKAN enables an integration of the main themes of the other three. Following ROKKAN, a historical sketch of critical factors (urbanization, religious cleavages, agrarian property structures, national independence, the process of industrialization) for the development of centres and peripheries in Europe is given. An empirical analysis of the relative position of the different European countries in the periods 1925-30 and 1975-80 is carried out. It is shown that the relative backwardness of the Eastern and Southern European peripheries, formed in the 19th century, has not been changed sig

* Address all communications to Max Haller, Institut für Soziologie, Universitätspl. 4/III, A-8010 Graz.

Dieser Beitrag geht ursprünglich zurück auf ein Diskussionspapier von Max Haller zum Thema »Zentren und Peripherien in Europa. Fragestellungen und Probleme einer vergleichenden Analyse sozialer Strukturen und sozialer Mobilität«, VASMA-Projekt, Universität Mannheim 1980. Erweiterte Fassungen davon wurden vorgetragen von Franz Höllinger auf dem 10. Österreichischen Soziologentag in Graz, 22.24. 10.1987 (Generalthema »Gesellschaft an Grenzen. Sozialstruktur und gesellschaftliches Bewußtsein in Ost- und Westeuropa«) und von Max Haller im Rahmen eines Gastvortrags am Lehrstuhl für Soziologie an der Universität Passau am 2.7.1992. Wenn es möglich gewesen wäre, die hier vorgelegten Analysen nochmals von Anfang an neu durchzuführen, hätten wir manche Fragen und Daten anders angelegt und gewichtet. Wir glauben aber trotzdem, daß die wichtigsten Befunde auch dann nicht wesentlich anders aussehen würden.

nificantly in the course of the 20th century. The factors most important for dynamic development were a high Proportion of protestants and egalitarian agrarian structures. It turns out that the present-day backwardness of East Europe cannot be attributed to the retarding effects of state socialism alone. Also the spread of similar political and economic institutions (market economies, political democracies) throughout Europe will not bring forth a rapid approximation of levels of development since differences in this regard are strongly correlated with »deep« sociocultural Patterns.

Die Begriffe von »Zentrum« und »Peripherie« spielen eine zentrale Rolle, wenn es darum geht, die höchst unterschiedliche Dynamik der wirtschaftlich-sozialen Entwicklung in regionaler Hinsicht zu analysieren und zu erklären. Man kann sich dabei im Weltmaßstab auf das jahrtausendealte Gefälle zwischen West und Ost beziehen, vor allem aber auf die zunehmende Kluft zwischen Nord und Süd; man kann sich beziehen auf Makroregionen der Erde, Gruppen regional benachbarter Länder; man kann sich schließlich beziehen auf Disparitäten innerhalb einzelner Nationalstaaten. Die höchst auffallenden Entwicklungsdisparitäten auf all diesen Ebenen haben zu Recht seit jeher die Aufmerksamkeit der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften auf sich gezogen, müssen sie doch mit zu den ausschlaggebenden Faktoren für Kriege, Konflikte und Spannungen im internationalen und nationalen Kontext gezählt werden.

In diesem Beitrag konzentrieren wir uns auf die Frage der Herausbildung, Verschiebung und Verfestigung sozioökonomischer Zentren und Peripherien im Kontext »Europa«. Durch die Entwicklung der kapitalistischen Weltwirtschaft stellt sich das Problem der Herausbildung von Zentren und Peripherien zwar am drastischsten im Gefälle zwischen den hochentwickelten Ländern der Ersten Welt und den unterentwickelten Ländern der Dritten Welt. Die Problematik des Entwicklungsunterschiedes zwischen einzelnen Staaten und Regionen hat jedoch auch in der geopolitischen Makroregion »Europa« große Bedeutung. So läßt sich aus wirtschaftshistorischer Perspektive aufzeigen, daß die Entstehung von Zentren und Peripherien in Europa in der Phase der Ausbreitung des Kapitalismus nach ähnlichen Kriterien verlaufen ist, wie die spätere Differenzierung in eine Erste und Dritte Welt (WALLERSTEIN 1974; BEREND/RANKI 1982; SENGHAAS 1982). Darüberhinaus hat die Problematik der internen Disparität zwischen Nord- und Süd, West- und Osteuropa auch im Zuge der wirtschaftlichen Integration Westeuropas und nach dem Sturz der kommunistischen Regimes in Osteuropa und dem Fall des Eisernen Vorhangs nichts von ihrer Bedeutung verloren. Ganz im Gegenteil: beide Prozesse sind nicht zuletzt gerade deswegen initiiert worden bzw. in Gang gekommen, weil es fortdauernde und sich vertiefende Ungleichheiten innerhalb der Makroregion »Europa« gegeben hat und weiterhin geben wird.

In diesem Beitrag gehen wir von einer knappen Diskussion einiger grundlegender Konzepte von »Zentrum« und »Peripherie« aus. Im Anschluß daran werden in einem historischen Abriss einige generelle Faktoren der Entstehung von Zentren und Peripherien in Europa diskutiert. Sodann wird anhand einer Analyse zentraler ökonomischer und sozialer Indikatoren eine Regionalisierung Europas für die beiden Zeiträume 1925-30 und 1975-80 vorgenommen. Wir behandeln dabei jeweils Länder bzw. Staaten als relevante Einheiten. Dies ist zum einen theoretisch begründet, weil Staaten eine inhaltlich relevante Einheit darstellen, durch welche wesentliche soziokulturelle und politische Rahmenbedingungen und Prozesse gegeben sind. Zum anderen ist es datentechnisch bedingt, da statistisches Datenmaterial vorwiegend auf Länderbasis zur Verfügung steht. Eine zusätzliche Berücksichtigung des internen Entwicklungsgefälles einzelner Länder kann nur exemplarisch vorgenommen werden. Da jedoch zumindest in bestimmten Regionen Europas das Entwicklungsgefälle innerhalb einzelner Länder nahezu ebenso groß ist wie jenes zwischen Ländern, muß betont werden, daß eine Regionalisierung Europas auf Länderebene die Abgrenzung zwischen Zentren und Peripherien nur unzureichend erfassen kann.

Des weiteren ist festzuhalten, daß wir mit unserer Analyse der beiden Zeitpunkte 1925-30 und 1975-80 nur zwei Querschnitts- oder Momentaufnahmen erfassen, nicht jedoch die Prozesse selber, die zur Herausbildung von Zentren und Peripherien geführt haben. Dies ist eine Beschränkung, die auch in den meisten Studien von Stein ROKKAN selber gegeben war (FLORA 1981:399). Wir können jedoch sagen, daß wir mit diesen beiden bewußt ausgewählten Zeitpunkten zwei in der jüngeren Geschichte Europas sehr markante Perioden erfaßt haben. In der Periode Ende der 20er Jahre erreichte das durch den Ersten Weltkrieg völlig neugestaltete Europa erstmals eine gewisse Konsolidierung, bevor es durch den Aufstieg des Nationalsozialismus in Deutschland und den durch ihn verursachten Ausbruch des Zweiten Weltkriegs in neuerliche Umbrüche geriet. Die zweite Hälfte der 70er Jahre wiederum kann als geeignete Momentaufnahme jener Phase der Nachkriegsentwicklung betrachtet werden, in welcher die durch den Zweiten Weltkrieg geschaffene Neuordnung Europas, die Trennung zwischen Ost und West, sowie die westeuropäische wirtschaftliche Integration auf einen Höhe- und Wendepunkt gelangt waren. Wir beschränken uns in diesem Beitrag auf den Vergleich dieser beiden Perioden, wenn es auch ohne Zweifel höchst reizvoll gewesen wäre, die völlig veränderte Situation Europas heute, nach dem Fall des Eisernen Vorhangs um die Wende von den 80er zu den 90er Jahren, einzubeziehen (vgl. dazu jedoch HALLER/SCHACHNER-BLAZIZEK 1994). Dies zu tun, hätte aber nicht nur kaum überwindbare Probleme der Verfügbarkeit systematisch vergleichbarer Daten aufgeworfen. Der Vergleich wäre grundsätzlich problematisch gewesen, da wir es derzeit mit einer in starkem Flusse befindlichen und mit größten Unsicherheiten verknüpften Übergangssituation zu tun haben. Erst in 10 oder 15 Jahren

mag es sinnvoll erscheinen, einen neuerlichen Vergleich von der Art zu machen, wie wir ihn hier durchgeführt haben.

1. Kurzdarstellung und -diskussion unterschiedlicher Konzepte von Zentrum und Peripherie

In den Sozialwissenschaften bezeichnet man mit den Begriffen »Zentrum« und »Peripherie« die wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Ungleichheiten und Abhängigkeitsverhältnisse zwischen höherentwickelten, dominanten Regionen und Staaten und wenig bzw. unterentwickelten Staaten und Regionen. Wirtschaftlich-gesellschaftliche »Zentren« sind Städte und Regionen mit dynamischer Entwicklung und innovativen wirtschaftlichen Funktionen, dichter Bevölkerung und hohem Lebensstandard, einem vielfältigen Angebot an kulturellen und wissenschaftlichen Einrichtungen, meist auch mit zentralen politischen Behörden. Peripherien sind durch den Mangel all dieser Merkmale charakterisiert, wenn auch im Vergleich von Zentren und Peripherien die letzteren nicht in jeder Hinsicht benachteiligt sind. So sind Zentren auch durch mehr Hektik und Stress, stärkere Umweltbeeinträchtigungen, höhere Kriminalitätsraten usw. gekennzeichnet.

Für die Entstehung von solchen Zentren und Peripherien wurden vielfältige Erklärungsansätze entwickelt. Wir möchten im folgenden vier wichtige und paradigmatische Ansätze davon kurz diskutieren. Es sind dies der wirtschaftsgeographisch-funktionale Ansatz, der politökonomische Ansatz, der kultursoziologische Ansatz und der synthetisch-integrative Ansatz von Stein ROKKAN.

a) Der wirtschaftsgeographisch-funktionale Ansatz

Auf der Ebene höherer gesellschaftlicher Differenzierung und Arbeitsteilung kommt es innerhalb eines geographischen Raumes oder staatlichen Territoriums regelmäßig und nach bestimmten Gesetzmäßigkeiten zur Ausbildung zentraler und peripherer Regionen. Daß sich das wirtschaftliche und politische Steuerungszentrum einer Region meist in ihrer geographischen Mitte und nicht am Rand bildet, läßt sich zunächst einmal darauf zurückführen, daß von einem Mittelpunkt aus Handel und Verkehr, Verwaltung und Kontrolle leichter organisierbar sind. Hauptstädte befinden sich daher in der Regel eher im Zentrum als am Rande territorialer Einheiten. Diese Gesetzmäßigkeit gilt allerdings nur dort, wo nicht besondere geographische Bedingungen, wie etwa starke Gebirgigkeit einer Region oder das Vorhandensein großer Wüsten- oder Regenwaldgebiete, andere Formen der Zentrumsbildung erzwingen.

Ausgehend von diesen empirischen Fakten hat der deutsche Geograph Walter CHRISTALLER (1950) in einer bahnbrechenden Arbeit ein sehr einfaches, aber aussagekräftiges Modell der Herausbildung wirtschaftlich-sozialer Zentren

entwickelt. CHRISTALLER betrachtete dieses Modell auch für Europa als relevant, als er schrieb: »Es gilt, die Regelmäßigkeiten in der Herausbildung von Ländern, Regionen und Reichen aufzudecken, so daß eine europäische Ordnung, die verborgen ist hinter Staaten und Verwaltungsgrenzen, hinter Verkehrszentren und Menschenzusammenballungen, sich enthüllt und sichtbar wird« (CHRISTALLER 1950:5).

Ausgangspunkt für CHRISTALLER ist der Begriff des »zentralen Orts«: dieser ist es, der Größe und Begrenzung seines von ihm dominierten Gebiets bestimmt. Drei Triebkräfte entscheiden über die Verteilung der zentralen Orte über ein Land:

- 1) das Prinzip der *Versorgung*: hier ist eine möglichst gleichmäßige Verteilung zentraler Orte optimal, wobei größere im Zentrum, kleinere symmetrisch darum herum gelegen sein sollen;
- 2) das Prinzip der *Zuordnung* zu staatlichen Verwaltungseinheiten;
- 3) das Prinzip des *Verkehrs*, das möglichst kurze Wege zwischen den einzelnen Orten erfordert und optimal gelöst ist, wenn die Orte sechseckig einander zugeordnet sind.

Als theoretische Folgerung - und empirisches Faktum - ergeben sich aus diesen drei Prinzipien drei Fakten: (1) die zentralen Orte sind relativ gleichmäßig über ein Land verteilt; (2) es gibt eine hierarchische Stufenfolge zentraler Orte von solchen mit höchster bis zu solchen mit unterster Bedeutung; (3) jedem Größentyp eines zentralen Ortes entspricht ein Gebiet, mit dem er eine funktionale Raumeinheit bildet.

Durch das allmähliche Zusammenwachsen Europas zu einer wirtschaftlich integrierten Region in der Folge der Intensivierung des See- und Kontinentalhandels, kam es zu einem derartigen Zentrumsbildungsprozeß auch auf kontinentaler Ebene. Aus der Sicht des Modells von CHRISTALLER ergibt sich eine Einteilung Europas in 9 große Untereinheiten. Das geographische Hauptzentrum (CC) wird demnach gebildet von Deutschland und den Beneluxstaaten; es ist nach allen vier Himmelsrichtungen umgeben von Subzentren, mit Frankreich als dem westlichen (CW), Italien als dem südlichen (CS), den Gebieten der ehemaligen Habsburgermonarchie als dem östlichen (CO), und Skandinavien als dem nördlichen Subzentrum (CN). Am Rande dieser Zentren liegen vier große Peripherieregionen: der Nordwesten (NW) mit Großbritannien und Irland, die iberische Halbinsel als Südwesten (SW), der Balkan als Südosten (SO) und in etwa das Gebiet Polens und des Baltikums als Nordosten (NO) Europas. Innerhalb dieser Gebiete läßt sich nochmals eine Untergliederung in zentrale und periphere Regionen vornehmen, wobei meist die den kontinentalen Gesamtzentren näherliegenden Gebiete die ökonomische (und oft auch politische) Zentralregion bilden (so etwa Südwestengland, Südschweden, Norditalien).

Das Modell von CHRISTALLER wirkt nicht nur auf den ersten Blick sehr bestechend. Ihm entsprechen zu einem großen Teil die heute bestehenden großen politischen Einheiten (Staaten) Europas mit einem großen Flächenstaat in fast jeder der neun Hauptregionen (Deutschland, Frankreich, Spanien, Italien, Großbritannien, Polen), ihm entspricht im großen und ganzen auch das wirtschaftlich-soziale Gefälle, das deutliche Peripherien im äußersten Westen (Island, Irland), im Süden und im Osten von Europa aufweist. Nicht erfaßbar sind mit diesem Modell aber wichtige Differenzierungen innerhalb Europas: warum etwa hat sich das wirtschaftlich-politische Zentrum seit der frühen Neuzeit von Italien, Spanien und Frankreich über Großbritannien nach Deutschland verschoben? Warum war es Frankreich möglich, einen stark zentralisierten, großen Flächenstaat zu errichten, während in anderen Großregionen, vor allem in der Mitte und im Osten, noch bis vor rund hundert Jahren oder sogar noch bis heute eine bunte Vielfalt an Klein- und Kleinststaaten besteht bzw. sogar neu entsteht (wie im ehemaligen Jugoslawien und der Sowjetunion)? Warum errangen Großbritannien, eigentlich eher peripher gelegen, oder heute die skandinavischen Länder, wirtschaftlich gesehen lange Zeit eine so herausragende Position?

Die Theorie von CHRISTALLER scheint vor allem zwei Defizite aufzuweisen. Das erste betrifft die Ausklammerung bzw. die ungenügende Berücksichtigung kultureller und politischer Faktoren. Hier haben vor allem die Analysen von Stein ROKKAN gezeigt (wir werden darauf noch zurückkommen), daß Religionen und Kirchen, Bildungsinstitutionen, Sprach- und Kommunikationsgemeinschaften für die europäische Entwicklung von ausschlaggebender Bedeutung waren. Eine zweite Beschränkung liegt in der Konzentration von CHRISTALLER auf Europa als einer in sich mehr oder weniger geschlossenen Region. Gerade die oben erwähnten massiven Verschiebungen zwischen den Hauptzentren Europas können nicht verstanden werden ohne Berücksichtigung der Verflechtungen Europas mit außereuropäischen Wirtschaftsräumen, dem Bedeutungsverlust des Mittelmeeres als Hauptbrücke des Handels mit dem Nahen Osten und dem Aufstieg des Atlantik zum wichtigsten Seeweg nach Afrika, Asien und Amerika. Diese Verschiebungen und die dabei aufgetretenen Veränderungen in den Machtkonstellationen zwischen verschiedenen Staaten stehen im Zentrum des folgenden Ansatzes.

b) Der politökonomische Ansatz

Für Theoretiker dieser Richtung ist das wirtschaftlich-soziale Gefälle zwischen Zentren und Peripherien keineswegs nur Folge funktional sinnvoller und erwünschter gesellschaftlicher Arbeitsteilung und Differenzierung, sondern auch Ausdruck eines wirtschaftlich-politischen Machtgefälles, dem sich die Peripherien - freiwillig oder unfreiwillig - beugen müssen. Immanuel WALLERSTEIN (1974, 1983), einer der Hauptvertreter dieses Ansatzes, geht davon aus,

daß sich heute ein wirtschaftlich und politisch bestimmtes, »kapitalistisches Weltsystem« herausgebildet hat, das strukturell dreigeteilt ist. Dafür gibt es drei Ursachen:

- 1) die Ausbreitung der Herrschaft des kapitalistischen Marktes über die ganze Welt, wobei das Prinzip der Gewinnmaximierung dominiert;
- 2) die Herausbildung und Existenz staatlicher Strukturen unterschiedlicher Stärke, die den Weltmarkt in vielfältiger Weise beeinflussen, strukturieren und beschränken, etwa indem sie nationale Währungen schaffen und verteidigen, Handelsbeziehungen regulieren, die eigenen Industrien unterstützen usw.;
- 3) die Erbringung von »Mehrarbeit« in diesem kapitalistischen System, deren Erträge in einem dreistufigen Ausbeutungsverhältnis angeeignet werden: durch eine ausbeuterische Oberschicht, die vor allem die politisch-militärische Macht kontrolliert; durch eine Mittelschicht, die sich an der Ausbeutung der Unterschichten beteiligt, aber in mancher Hinsicht auch selbst ausgebeutet wird; durch eine Mehrarbeit leistende Unterschicht, die als einzige nur ausgebeutet wird. Die Existenz dieser drei Schichten wirkt gesellschaftlich-politisch insgesamt stabilisierend, da die mittlere Schicht gewissermaßen als »Puffer« zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten fungiert (vgl. dazu auch HALLER 1983).

Eine analoge Dreiteilung hat sich laut WALLERSTEIN auch im Weltmaßstab, in den Beziehungen zwischen den verschiedenen Nationen und Regionen der Erde, entwickelt: auch hier gibt es Kern- oder Zentrumsländer, die eine Peripherie ausbeuten und sich dabei u.a. auch der Staaten der Semiperipherie bedienen. Der scheinbar freie Tausch zwischen diesen verschiedenen Gruppen von Ländern ist prinzipiell ungleich, weil Arbeiter in Peripherieländern viel länger arbeiten müssen, um das Äquivalent des Einkommens eines Arbeiters im Zentrum zu erzielen. Internationale Festsetzung von Rohstoffpreisen, Importbeschränkungen usw. sind die wesentlichen Strategien zur Herstellung dieses ungleichen Tausches. Die Ungleichheit im internationalen Maßstab wird weiters abgesichert durch Konzentration militärischer Macht im Zentrum und die ideologische Einbindung aller Staaten in das kapitalistische Weltsystem.

Für Europa stellt WALLERSTEIN fest, daß hier schon seit dem 16. Jahrhundert »verschiedene geographische Regionen in bestimmte strukturelle Rollen hinein(wuchsen), aus denen sie dann nicht mehr herauskamen« (WALLERSTEIN 1983:312). So sank Polen ab zu einer peripheren Region, die zusehends zu einem Lieferanten von Rohstoffen (Weizen und Holz) für die Zentren in Westeuropa (vor allem England) degradiert wurde; eine Refeudalisierungswelle im Lande selbst konsolidierte die Privilegien der Landbesitzer und die Macht des Staates auf Kosten einer weitgehenden Rechtlosigkeit der Bauern und Landarbeiter. Regionen wie Italien, Südfrankreich und Spanien konnten eine semiperiphere Position behaupten. Heute können die ehemaligen europäischen

Peripherien im Weltmaßstab eher als Semiperipherien gesehen werden, ihre Stelle als Peripherien haben außereuropäische Regionen (vor allem Afrika) eingenommen.

Besonders wichtig an diesem Ansatz ist die Betonung der Tatsache, daß Zentrum-Peripherie-Beziehungen sehr viel mit politischer und militärischer Macht zu tun haben. Dies betrifft auch grundlegende Verschiebungen zwischen den großen europäischen Zentren und ihren Beziehungen zu den neuen Zentren im globalen Maßstab. Der Aufstieg Englands zur führenden Industriemacht der Welt, seine spätere Ablöse durch Deutschland und dann vor allem durch die Vereinigten Staaten, sowie die Zweiteilung Europas nach dem Zweiten Weltkrieg können nicht verstanden werden ohne Bezug auf massive Verschiebungen weltpolitischer Kräfteverhältnisse im Zuge kriegerischer Auseinandersetzungen.

Kritische Vorbehalte gegenüber dem politökonomischen Ansatz betreffen vor allem seine These, daß wirtschaftlich fundierte politische Macht *die* letztlich stets entscheidende Rolle in der Herausbildung der internationalen Arbeitsteilung zwischen Zentren und Peripherien gespielt haben. Politische Macht muß nicht immer primär wirtschaftlich fundiert sein, wie der Aufstieg der in vieler Hinsicht wirtschaftlich äußerst rückständigen Sowjetunion zu einer militärisch-politischen Supermacht bewiesen hat. Wirtschaftliche Macht muß auch nicht immer in politisch-militärische Macht umgemünzt werden, wie die Nachkriegsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland und Japans zeigt. (Man kann allerdings argumentieren, daß die unterproportionale militärische Stärke dieser beiden wirtschaftlichen Weltmächte nur möglich ist, weil die Vereinigten Staaten für sie, wie für die anderen kapitalistischen Nationen, im Rahmen der kapitalistischen Weltwirtschaft die Rolle der militärischen Schutz- und Kontrollmacht übernommen haben; vgl. dazu BORNSCHIER 1988). Der Haupteinwand gegen Ansätze dieser Art liegt wohl darin, daß sie die Rolle kultureller Faktoren im weitesten Sinne vernachlässigen und auch Politik letztlich nur als Reflex wirtschaftlicher Interessen und Machtverhältnisse sehen.

c) Der kultursociologische Ansatz

Auch für Edward SHILS (1982), einen herausragenden Vertreter dieses Ansatzes, hat jede Gesellschaft ein Zentrum; dieses ist jedoch nicht primär geographisch lokalisiert. Die »zentrale Zone« einer jeden Gesellschaft ist vielmehr der Bereich jener *Symbole und Werte*, die sie letztlich steuern. Dieser Bereich betrifft das »Heilige« einer Gesellschaft; man kann hier auch von ihrer »offiziellen Religion« sprechen - gemäß dem gegenreformatorischen Prinzip des »*cuius regio, eius religio*«.

Zwar zerfällt für SHILS als Evolutions- und Differenzierungstheoretiker (mit PARSONS Koautor eines Standardwerkes der strukturell-funktionalen Soziologie) eine jede Gesellschaft in verschiedene institutionelle Bereiche - die Wirt

schaft, das Verwandtschafts- und Schichtungssystem, die Politik usw. -, die jeweils ihre eigenen Gesetzesmäßigkeiten, Prinzipien und auch Eliten aufweisen. Deren Entscheidungen beinhalten jedoch letztlich allgemein anerkannte, gemeinsam geteilte Grundwerte; die Beachtung der Gesellschaft und ihrer letzten Ziele selber ist dabei einer der wichtigsten. Das Wertesystem einer Gesellschaft ist aus zwei Gründen zentral: zum ersten, weil es in enger Beziehung zur Gesellschaft insgesamt steht, zum zweiten, weil es von den Spitzenautoritäten der Gesellschaft selber vertreten wird. Zentral dabei ist die Anerkennung der Autorität sowie der darin enthaltenen Ordnung. Diese legitimiert auch die Qualifikationen der verschiedenen Autoritäten, sowie die Verteilung dieser Qualifikationen und der mit ihnen verbundenen Belohnungen.

Die Ursache für die Existenz dieses zentralen Wertesystems ist das Bedürfnis der Menschen nach Zugehörigkeit zu einer größeren Ordnung, insbesondere einer politischen Gemeinschaft. Diese ermöglicht »kreative Macht«, die Fähigkeit Dinge zu gestalten. Die Zustimmung und Unterstützung dieses zentralen Wertesystems variiert auf verschiedenen Ebenen der gesellschaftlichen Hierarchie, sie nimmt auch ab vom geographischen Zentrum bis hin zum »Hinterland« oder zur Peripherie einer Gesellschaft. In modernen Gesellschaften mit ihrer viel höheren wirtschaftlichen Integration und Verstädterung, gestiegenen Bildung, verstärkter Kommunikation ist das zentrale gesellschaftliche Wertesystem in der Bevölkerung de facto viel stärker verbreitet als je zuvor, wenngleich auch das Ausmaß an bewußt-aktivem Dissens gestiegen ist. Die Masse der Bevölkerung in vormodernen Gesellschaften hat demgegenüber gewissermaßen »außerhalb« des zentralen Wertesystems ihrer jeweiligen Gesellschaft gelebt.

Die Bedeutung dieser Thematik für Europa liegt auf der Hand. Geistige Strömungen und ihre Vertreter, die Intellektuellen, spielten hier seit der vielfältigen Ausdifferenzierung des neuzeitlichen Europa eine ausschlaggebende Rolle. Die Ideenstränge des Liberalismus und Sozialismus, Nationalismus und Kommunismus sind in Europa engstens verknüpft mit dem Kampf verschiedener Klassen und Eliten um die Gestaltung der gesellschaftlichen Beziehungen und um die politische Herrschaft innerhalb einzelner Staaten, mit den Kämpfen der Staaten untereinander um die wirtschaftliche und politische Hegemonie auf dem ganzen Kontinent. Aus der Sicht amerikanischer Intellektueller wurden die Intellektuellen und ihre Ideen von den Mächtigen der Gesellschaft in Europa viel eher ernst genommen als in ihrer eigenen Gesellschaft, was sich auch darin äußerte, daß die Mächtigen sich vielfach selbst aus den Schichten der Intellektuellen rekrutierten (SIELS 1982:227).

Was den Ansatz von SHILS für Europa so attraktiv macht, konstituiert zugleich auch die Schwierigkeiten seiner Anwendung auf diesen Kontinent. Auf der einen Seite steht außer Zweifel, daß Europa - trotz der vielfältigen inneren Zersplitterung in wirtschaftlicher und politischer, religiöser und weltanschaulicher Hinsicht - von seinen politischen und intellektuellen Führern, aber auch von Beobachtern von außen, stets auch als eine Einhegesehen wurde (vgl.

dazu aus historischer Sicht HALECKI 1957 und FOERSTER 1963; aus zeitgeschichtlicher Perspektive KAEUBLE 1987; aus geographischer Sicht JORDAN 1988 und SPERLING/KARGER 1989; zu einer ideologischen Kritik des Begriffs »Abendland« vgl. FABER 1979). Auf der anderen Seite läßt sich nicht leugnen, daß diese Einheit bei weitem nicht perfekt gewesen war und auch heute - nach über drei Jahrzehnten wirtschaftlich-politischer Einigung Westeuropas - noch nicht ist. Gerade im Rahmen dieser Einigung wird ja der größte Wert darauf gelegt, die Entstehung eines Übergewichts irgendeines einzelnen Landes peinlichst zu vermeiden, die letzte Souveränität aller Mitgliedsstaaten, und sei deren Einwohnerzahl auch nur ein winziger Bruchteil jener des größten (vgl. in dieser Hinsicht etwa Luxemburg und Deutschland!), zu bewahren (ARNOLD 1993). Wo - und ob überhaupt - man in diesem Kontinent die »zentrale Wertzone« ausmachen, wo man die maßgeblichen Eliten festmachen kann, wird noch auf lange Sicht eine kaum beantwortbare Frage bleiben. Dagegen spricht auch nicht, daß es sicherlich keine besonderen Schwierigkeiten bereiten würde, höchst bedeutsame Differenzen im relativen Einfluß unterschiedlicher nationaler Eliten auf europäischer Ebene festzustellen.

Ein weiteres Problem, das sich für diesen Ansatz stellt, liegt darin, daß die Begriffe von »Zentrum« und »Peripherie« ihre spezifische Aussagekraft verlieren, wenn man sie von der Beziehung auf ein Territorium loslöst. Beziehungen zwischen kulturellen Randgruppen, ethnischen Subgruppen usw. und den Angehörigen der dominanten Kultur innerhalb ein- und desselben Gebietes (wie etwa zwischen eingewanderten Arbeitern und der Mehrheitsbevölkerung) stellen jedoch etwas anderes dar als Zentrum-Peripherie-Beziehungen mit einer klaren geographischen Komponente (vgl. auch ROKKAN/URWIN et al. 1987:48).

d) Der integrative Ansatz von Stein ROKKAN

Mit dem Namen von Stein ROKKAN ist wohl jener Ansatz verknüpft, der am stärksten bemüht war, all die bisher aufgezählten Themen und Fragestellungen in einem möglichst umfassenden theoretischen Ansatz, einem »Makromodell« (wie er es selber nannte) der Entwicklung Europas seit der frühen Neuzeit zu integrieren (vgl. zusammenfassend dazu FLORA 1981).

In einer wichtigen einschlägigen Arbeit gehen ROKKAN und seine Mitarbeiter (1987:17 ff.; vgl. auch ROKKAN 1979, 1980) aus vom Begriff des »Territoriums«, den sie - unter Anknüpfung an die Soziobiologie - in dreifacher Hinsicht bestimmen: als einen geographisch umrissenen Raum, der besetzt ist von einer bestimmten Gruppe von Lebewesen, die zu seiner Verteidigung bestimmte Strategien der Abgrenzung durchführen. Es ist also zu unterscheiden zwischen dem geographischen Raum per se und einem »Mitgliedschaftsraum« (membership space).

Für Europa gilt, daß seit dem 16. Jahrhundert zwei Prozesse am Werk sind, die Grenzen zwischen Territorien und Regionen verstärken:

- 1) im bürokratischen Nationalstaat verschmilzt der Begriff der Staatsbürgerschaft (citizenship) mit territorialer Identität - ein ungeheuer folgenreicher Prozeß;
- 2) die dadurch entstehenden neuen Grenzen werden durch zwei gegenläufige Prozesse verstärkt bzw. wieder tendenziell und laufend unterminiert: die Verstärkung erfolgt durch eine kulturelle Homogenisierung der Bevölkerungen durch gemeinsame Religion, Bildung und Sprache, die Relativierung durch zunehmende wirtschaftliche Verflechtung über Staatsgrenzen hinweg.

Dementsprechend gibt es wirtschaftliche, kulturelle und militärisch-administrative Zentren. Zentren sind definierbar als *privilegierte Orte* innerhalb von Territorien. Sie sind sehr leicht erkennbar: als regelmäßige Treffpunkte der Ressourceninhaber; als Sitz beeindruckender Gebäude und Monumente, seien dies Regierungsgebäude, Universitäten, Kathedralen oder Hauptquartiere großer Wirtschaftsunternehmen. Wo immer sich eine große Konzentration dieser verschiedenen Typen von Zentren findet, handelt es sich um eine *monocephale Struktur*, wo sich die verschiedenen Zentren auf unterschiedliche Orte konzentrieren, um eine *polycephale Struktur*.

Hieraus ergibt sich eine Reihe von interessanten Fragen und Beobachtungen in Bezug auf Europa. Man kann seine Territorien z.B. in eine Rangordnung bringen von dem am stärksten zentralisierten (monocephalen) Frankreich bis zu der am stärksten polykephal strukturierten Bundesrepublik Deutschland. Der Grad der Zentralisierung in diesem Sinne ist auch eng verknüpft mit den wirtschaftlichen Aktivitäten, die in den verschiedenen Zentren dominieren; so zeigt sich in polykephalen Systemen (wie der BRD oder der Schweiz) häufig eine deutliche Differenzierung zwischen industriell und tertiär geprägten Zentren, während diese in monocephalen Strukturen sich eher auf ein- und dieselbe Region konzentrieren (z.B. London oder Paris).

Analog zur Zentrenbildung kann man auch drei Formen der *Peripheralisierung* unterscheiden: durch militärische Eroberung und Unterwerfung, durch wirtschaftliche und durch kulturelle Unterordnung. Auch diese drei Formen müssen nicht - und sind es in Europa auch nicht immer - zusammenfallen: es gibt eroberte Peripherien, die wirtschaftlich stark (geblieben) sind; politische Einverleibung ohne kulturelle Anpassung; und es können in ein- und demselben Staat sowohl rein wirtschaftliche wie rein kulturelle Peripherien existieren.

In ihren empirischen Arbeiten haben Stein RoKKAN und seine Mitarbeiter, aufbauend auf diesen allgemeinen Überlegungen, eine Fülle von interessanten Hypothesen und Befunden zur Staaten- und Nationenbildung in Europa, zur historischen Verschiebung der verschiedenen Zentren, zu den wechselnden Kämpfen und Allianzen zwischen wirtschaftlichen, politischen, militärischen, kirchlichen und anderen Eliten und Zentren in Europa entwickelt. Wir gehen hier nicht näher darauf ein, werden im folgenden jedoch im Zuge unserer eigenen historisch-soziologischen Skizze der Herausbildung von Zentren und

Peripherien in Europa fallweise darauf zurückkommen. Schon an dieser Stelle lassen sich jedoch einige grundlegenden Fragen in bezug auf den von uns untersuchten Zeitraum - die Periode Ende der 20er Jahre bis zum Ende der 70er Jahre unseres Jahrhunderts - formulieren:

- 1) Welche Effekte hatte die Errichtung einer neuen, nahezu undurchlässigen Grenze zwischen dem kommunistischen Osteuropa und dem machtwirtschaftlich demokratischen Westeuropa? Der Eiserner Vorhang ging nicht nur direkt durch einen Staat, sondern riß auch Regionen auseinander, die - wie die ehemaligen Länder der Habsburgermonarchie - durch einen jahrhundertlangen engen Austausch charakterisiert waren.
- 2) Läßt sich in diesem - historisch gesehen, zweifellos relativ kurzen - Zeitraum ein Effekt der unterschiedlichen wirtschaftlich-sozialen Prioritäten der Politik in Ost- und Westeuropa erkennen? War die, zumindest offiziell so deklarierte, Zielsetzung der kommunistischen Länder zur Herstellung gleicher Lebensbedingungen für Bürger jeder Klasse, jeden Geschlechts und jeder Region, mit einer Forcierung von Bildung und sozialstaatlicher Absicherung, von empirisch nachweisbaren Erfolgen gekrönt?
- 3) Welche Folgen hatte die Verlagerung der wirtschaftlichen Dynamik in Westeuropa auf die Gründungsmitglieder der Europäischen Gemeinschaft? Ist Wirtschaftswachstum ein Motor zur Reduzierung territorialer Disparitäten? Wie wurden die Nichtmitglieder der EG von diesem wirtschaftlichen Integrationsprozeß tangiert?

Bevor wir näher auf diese konkreten Fragen eingehen, sollen jedoch in einem etwas breiteren historischen Abriss die größeren historischen Rahmenbedingungen für die Entwicklung Europas in diesem Jahrhundert aufgezeigt werden.

2. Historischer Abriss zur Entstehung von Zentren und Peripherien in Europa

2.1 Sozialstrukturelle, kulturelle und politische Rahmenbedingungen

Die Entwicklung der politischen und ökonomischen Differenzierung Europas, d.h. die Entstehung der heutigen Nationalstaaten und die disparitäre Ausbreitung der kapitalistischen Produktionsweise, kann nur anhand einer komplexen sozialgeschichtlichen Analyse erklärt werden. Im folgenden sollen thesenartig einige entscheidende Faktoren dieser Entwicklung dargestellt werden.

(1) Verstädterung

Wir haben bereits oben, im Anschluß an CHRISTALLER, festgestellt, daß es auf der Ebene höherer gesellschaftlicher Differenzierung und Arbeitsteilung innerhalb eines geographischen Raumes oder staatlichen Territoriums nach

bestimmten Gesetzmäßigkeiten zur Ausbildung zentraler und peripherer Regionen kommt. Handel, Verkehr und Verwaltung sind vom Mittelpunkt einer Region aus leichter organisierbar. Hauptstädte befinden sich in der Regel eher im Zentrum als am Rand einer territorialen Einheit. Durch das allmähliche Zusammenwachsen Europas zu einer wirtschaftlichen Einheit kam es zu einem derartigen Zentrumsbildungsprozeß auch auf gesamtkontinentaler Ebene.

Entsprechend diesem zunächst rein geographischen Gliederungsmodell lassen sich weit zurück bis ins späte Mittelalter Regionen mit einer hohen Verstädterung nachweisen. Es waren dies vor allem die Gebiete entlang der »dorsalen Hauptachse« Europas von Norditalien über Süddeutschland bis hinauf nach Flandern. Diese Regionen des mitteleuropäischen »Städtegürtels« (ROSKAN 1979) waren im späten Mittelalter und in der frühen Neuzeit die Drehscheiben des Handels und die wirtschaftlich höchstentwickelten Regionen Europas. Zu einer höheren Verstädterung kam es in der Folge auch in den Gebieten westlich des zentralen Städtegürtels. Zum Teil ist dies noch aus dem römischen Erbe (Südfrankreich, Spanien), zum Teil aus der in Westeuropa insgesamt höheren Bevölkerungsdichte erklärbar (CIPOLLA/BORCHARDT 1971). In den dünnbesiedelten europäischen Regionen, in Skandinavien und in den Gebieten östlich von Mitteleuropa (der gesamte slawische Raum) setzte hingegen der Verstädterungsprozeß erst wesentlich später ein.

Die Bedeutung einer hohen Verstädterung für die Beschleunigung des Entwicklungsniveaus einer Region ist naheliegend: Städte bildeten die Basis für die Intensivierung des Handels über größere Distanzen, durch die Etablierung von Marktbeziehungen zwischen Stadt und bäuerlichem Hinterland kam es auch zu einer höheren Dynamik der landwirtschaftlichen Produktion. Zudem trat mit der Entstehung des städtischen Bürgertums eine neue politische Kraft in die Geschichte ein, die in den letzten Jahrhunderten zum Hauptträger der wirtschaftlichen wie auch politisch-demokratischen Entwicklung wurde.

(2) Die konfessionelle Gliederung Europas

Hier waren zwei historische Epochen bzw. Konflikte von zentraler Bedeutung: Die erste war die Phase, in welcher sich die orthodoxe Ostkirche von Rom abspaltete. Die zweite entscheidende Epoche war der seit Beginn der Neuzeit einsetzende Kampf reformatorischer Bewegungen in Nordwest- und Mitteleuropa gegen den katholischen Zentralismus.

Diese konfessionelle Dreiteilung Europas war in den Formationsphasen jeweils mit jahrhundertelangen politischen Machtkämpfen verbunden, wodurch die Zugehörigkeit eines Landes zu einem bestimmten Konfessionsbereich mitunter eher durch damalige politische Machtkonstellationen als durch die religiösen Präferenzen der Bevölkerung bestimmt wurde.

Der entscheidende Unterschied zwischen diesen drei christlichen Konfessionen bzw. konfessionellen Gruppierungen liegt in der zunehmenden Säkulari

sierung von der Orthodoxie über den Katholizismus zum Protestantismus (vgl. auch HALLER 1990a). Während die orthodoxe Kirche die Einheit von Kirche und Staat bewahrte, ermöglichte die Trennung von Kirche und Staat im Katholizismus und noch mehr im Protestantismus die Entwicklung demokratischer und rationaler Strukturen politischer Herrschaft. Ein weiterer Unterschied liegt im religiösen Weltbild. Die orthodoxe Kirche hat das traditionell mystische Element östlicher Religionen am stärksten bewahrt (MAYER 1973; Buss 1989). Der Katholizismus ermöglichte immerhin den Fortschritt von einem mystischen zu einem rationalistischen Weltbild, somit eine begrenzte Weiterentwicklung im wissenschaftlichen und kulturellen Bereich und eine insgesamt stärkere Diesseitsorientierung. Der entscheidende Schritt zur Säkularisierung kam jedoch mit dem Protestantismus.

Aus dem Protestantismus bzw. Calvinismus entwickelte sich nach Max WEBER jene Leistungsethik, die eine wesentliche Voraussetzung für die Entstehung des Kapitalismus war. Zudem begünstigte die protestantische Nationalisierung territorialer Kulturen im Norden eine Mobilisierung »von unten«: die protestantischen Länder/Territorien waren die ersten, in denen die Volksbildung auf breiter Basis institutionalisiert und somit eine der Grundvoraussetzungen für ökonomische Entwicklung und politische Demokratisierung hergestellt wurde (ROKKAN 1979).

Im Gegensatz dazu bewahrte die katholische Kirche ihren transnationalen, stärker hierarchischen Charakter. Massenbildung und Demokratisierung wurden in diesem Kulturbereich nicht so früh gefördert. In verstärktem Ausmaß gilt dies für die orthodoxen Gebiete.

Einen zusätzlichen Faktor für die soziokulturelle Differenzierung Europas stellt die jahrhundertelange politische Herrschaft und z.T. auch religiöse Ausbreitung des Islam in weiten Teilen Südeuropas dar. Wengleich der Einfluß des Islam später wieder zurückgedrängt wurde, bedeutet diese Epoche für die betroffenen Regionen doch eine tiefgreifende Abtrennung vom übrigen, christlichen Abendland, die nachhaltige kulturelle und wirtschaftliche Auswirkungen hatte.

(3) Agrarische Besitz- und Produktionsformen

Die Entwicklung agrarischer Besitzformen in Europa ist nur aus einem Zusammenwirken vielfältiger Faktoren erklärbar: das sozio-kulturelle Erbe (römische Sklavengesellschaft, egalitäre germanische und slawische Stammesgesellschaft) ist dafür ebenso von Bedeutung wie Klima, Bodenbeschaffenheit und Fortschritt der Agrartechnologie einer Region. Durch das Zusammenwirken dieser Faktoren mit sich im Lauf der Geschichte ändernden politischen Machtkonstellationen ergab sich eine vielfältige Überlagerung und kleinräumige Differenzierung unterschiedlicher regionaler Besitzverhältnisse. In Vereinfachung der tatsächlich bestehenden Vielfalt läßt sich Europa aus dieser Sicht in drei Zonen untergliedern:

- a) Regionen, in denen sich die ursprünglich egalitären Besitz- und Verteilungsverhältnisse aus der Zeit der germanischen Stammesgesellschaft weitgehend erhalten hatten. Dies war der Fall in den nördlichen Regionen Europas (Skandinavien, Holland), die nicht mit der antiken Sklavengesellschaft in Berührung kamen und die auch im weiteren Verlauf der Geschichte nicht durch Fremdherrschaft feudalisiert wurden (HECHTER 1980). Kleinere Einsprengsel von traditionellen Freibauerngebieten finden sich auch im Bereich der Alpen (Schweiz, Tirol) und in bestimmten Bergregionen des Balkans, in Gebieten also, in denen aufgrund der geographischen Gegebenheiten die Errichtung feudalistischer Strukturen nur schwer möglich war (MATZ 1968).
- b) Regionen, in denen während des Mittelalters feudalistische Besitzverhältnisse vorherrschend waren, in denen es aber in der Folge langfristiger Transformationsprozesse zur Herausbildung einer tragfähigen Schicht freier Bauern mit Betrieben mittlerer Größe gekommen war (GuNsT/HOFFMANN 1982, BRENNER 1987). Zu dieser Zone können im wesentlichen die mitteleuropäischen Zentralregionen gerechnet werden (Deutschland, Frankreich, Oberitalien). Auch England gehört nach seinem historischen Entwicklungsweg zu diesem Typus, wenngleich sich dort mit dem frühen Einsetzen des Agrarkapitalismus im 17. Jh. erneut der agrarische Großgrundbesitz durchsetzte.
- c) Regionen, die bis herauf in unser Jahrhundert durch bäuerlichen Großgrundbesitz geprägt waren. Dies sind vor allem die Regionen an der südlichen und östlichen Peripherie Europas. Die Gründe, warum sich hier feudalistische Strukturen am längsten gehalten haben, sind von Region zu Region unterschiedlich und sehr vielfältig. Gemeinsam ist den meisten dieser Regionen eine lange historische Epoche politischer Fremdherrschaft (Mauren in Spanien/Portugal; später türkische Herrschaft auf dem Balkan; deutsche Kollonialisierung der ostelbischen slawischen Siedlungsgebiete). Vielfach waren diese Fremdherrschaften mit politischer Unterdrückung und ökonomischer Ausbeutung verbunden. Doch selbst dort, wo dies weniger der Fall war (wie etwa bei den Mauren in Spanien), dürfte die Fremdherrschaft die eigenständige sozioökonomische Weiterentwicklung behindert und somit die spätere Errichtung und Aufrechterhaltung feudalistischer Großbesitzstrukturen durch die eigene Machtelite begünstigt haben.

Für den »Zweiten Feudalismus«, der sich ab etwa 1600 in weiten Teilen des osteuropäisch-slawischen Raumes entwickelte, ist als Ursache die Schwäche des städtischen Bürgertums geltend gemacht worden. Im Gegensatz zu Westeuropa fehlte in Osteuropa diese intermediäre Kraft zwischen Herrscher und Feudaladel, die dessen Machtstellung hätte einschränken können (ANDERSON 1978). Wirtschaftshistoriker sehen auch die ab etwa 1700 einsetzende Halbkolonialisierung slawischer Gebiete (Errichtung von Getreidemonokulturen zur

Bedarfsdeckung der entwickelten nordwesteuropäischen Regionen) als Mitursache für die Dominanz des Großgrundbesitzes im osteuropäischen Raum (WALLERSTEIN 1974; BEREND/RANKT 1982).

Die Bedeutung der agrarischen Besitzverhältnisse für den gesamten sozialen Modernisierungsprozeß ist offensichtlich. Eine rechtlich freie und ökonomisch unabhängige Bauernschaft entwickelte ein größeres Interesse an innovativen Produktionstechniken als eine Bauernschaft, die jahrhundertlang recht- und besitzlos war. So läßt sich deutlich nachweisen, daß das Niveau der Agrartechnologie und der agrarischen Produktivität bereits vor dem Einsetzen der industriellen Revolution in den entfeudalisierten Gebieten wesentlich höher war als in den Regionen, in denen Großgrundbesitz vorherrschte (SENGHAAS 1982). Eine soziologische Studie konnte nachweisen, daß ein statistisch signifikanter Zusammenhang besteht zwischen dem Zeitpunkt, zu welchem das Herkunftsland amerikanischer Einwanderer und ihrer Nachkommen aus Europa von der Leibeigenschaft befreit wurde, und ihrer geistig-intellektuellen Flexibilität (KOHNS/SCHOOLER 1983).

(4) Nationalstaatliche Eigenständigkeit

Auch in der Bildung souveräner Nationalstaaten bestehen große zeitliche Unterschiede, die sich wiederum z.T. aus der geographischen Gliederung Europas erklären lassen. Der Grund, warum es in Mitteleuropa trotz des hohen ökonomischen Entwicklungsniveaus nicht zur Ausbildung starker politischer Zentren kam, war nach Stein ROKKAN (1979) gerade die Dichte der städtischen Handelszentren, die sich einer großflächigen politischen Zentralisierung erfolgreich widersetzen (politische Fragmentierung Deutschlands und Italiens). Allenfalls kleinere politische Konföderationen (Schweiz, Niederlande) konnten sich bereits zu einem frühen Zeitpunkt bilden. Am frühesten erfolgte der Prozeß der Staatenbildung im geographisch stark gegliederten Westeuropa (England, Frankreich, Spanien) und in Nordeuropa (Schweden). Im östlichen Teil Europas kam es, gefördert durch die mangelnde geographische Gliederung (LENSKI 1973), zur Herausbildung großflächiger, zentralistischer Reiche (Türkisches Reich, Habsburgermonarchie, Rußland), die eine Bildung von souveränen Nationalstaaten erst zu einem sehr späten Zeitpunkt ermöglichten.

Frühe nationalstaatliche Einigung und Souveränität muß mit als ein Faktor der sozioökonomischen Entwicklungsdynamik gesehen werden, da durch sie ein langfristiger Prozeß der Herausbildung eigenständiger politischer und wirtschaftlicher Strukturen ermöglicht wird, während dies durch politische Fragmentierung oder politische Fremdbestimmung verhindert wurde.

Die unterschiedliche Entwicklungsdynamik der europäischen Regionen kann nur durch das Zusammenwirken all dieser Faktoren erklärt werden. Nicht ein einzelner Faktor, sondern erst die Summe entwicklungsfördernder und -hemmender Bedingungen bestimmt über die relativ zentrale oder periphere Position einer Region.

2.2 Hypothetisches Tableau zur Kumulation positiver und negativer Entwicklungsbedingungen in Europa

Im folgenden sollen in einem schematischen Überblick die einzelnen Länder Europas nach dem Vorhandensein oder Nichtvorhandensein verschiedener entwicklungsfördernder Faktoren eingestuft werden. Die Einstufung erfolgt nach folgenden Abgrenzungskriterien:

1. Geoökonomische Zentralität in Europa: (mit leichten Modifikationen nach dem Gliederungsmodell CHRISTALLERS in Makroregionen)

- ++ sehr zentrale Lage: CC
- + eher zentrale Lage: CN, CW, CS, CO
- periphere Lage: SW, NW, SO, NO

(England und Polen wurden aufgrund ihrer relativen Nähe zum geographischen Hauptzentrum Europas entgegen CHRISTALLERS Modell als »eher zentral« eingestuft.)

2. Verstädterung:

- + frühe Verstädterung: im heutigen Staatsterritorium um 1800 bereits mehrere Städte mit über 40.000 Ew. vorhanden (nach CIPOLLA/BO RCHARDT 1971) und/oder um 1900 ein Bevölkerungsanteil von über 20% in Städten über 20.000 Ew. (nach: FLORA 1987; The East European Data Handbook, New York 1975)
- späte Verstädterung

3. Konfession: (nach TAYLOR/HUDSON 1972)

- ++ vorwiegend protestantisch: über 80% Protestanten
- + teilweise protestantisch: Anteil von 20% bis 79%
- nicht protestantisch: Anteil unter 20%

4. Agrarische Besitzstrukturen: (nach Knaur's Historischer Weltatlas 1975; GUNST/HOFFMANN 1982)

- ++ traditionelle Freibauerngebiete
- + früh entfeudalisierte Gebiete: Bauernbefreiung vor dem bzw. im Lauf des 19. Jh.
- spät entfeudalisierte Gebiete: Bauernbefreiung erst im 20. Jh.

Bei diesem Punkt erscheint die Zuordnung besonders problematisch, da die formal-juridische Bauernbefreiung nicht immer auch eine tatsächliche Veränderung der Besitzstrukturen bewirkte. In den östlichen Gebieten der Habsburgermonarchie blieben trotz der rechtlichen Bauernbefreiung Großbesitzstrukturen weitgehend aufrecht; unter Bezugnahme auf die um 1900 bestehende Landverteilung wurden diese Länder vorwiegend als spät entfeudalisiert klassifiziert. Spanien und Italien müssen aufgrund der enormen internen Unterschiede jeweils in zwei Subregionen gegliedert werden. Auch in Jugoslawien bestanden je nach Region sehr unterschiedliche Besitzstrukturen.

5. Nationalstaatliche Souveränität:

- ++ Staatsbildung im wesentlichen bis 1800 abgeschlossen
- + Staatsbildung im Lauf des 19. Jh.
- Staatsbildung erst im 20. Jh.

Übersicht 1 zeigt, in welchen Ländern, vor allem aber in welchen Regionen positive oder negative Entwicklungsbedingungen gehäuft vorhanden waren. Bei einer Gliederung Europas nach den zwei geographischen Richtungsachsen ergibt sich sowohl ein Nord-Süd- als auch ein West-Ost-Gefälle. Im kontinentalen mittelwesteuropäischen Zentralraum und in Nord/Nordwesteuropa sind positive Entwicklungsfaktoren mit Abstand am häufigsten gegeben. Im kontinentalen mittelosteuropäischen Zentralraum und in Süd/Südwesteuropa zeigen sich schon gehäuft Voraussetzungen, die auf eine periphere Entwicklung hindeuten. Mit Abstand die ungünstigsten Voraussetzungen für eine positive sozioökonomische Entwicklung sind in Südosteuropa gegeben. Aber auch einzelne Länder innerhalb dieser Subregionen, etwa Irland, Portugal und Polen, müssen infolge einer Häufung negativer Voraussetzungen als in einer Außen-seiterposition befindlich bezeichnet werden.

Es soll hier nochmals betont werden, daß die aufgezeigten Entwicklungsfaktoren keinen Anspruch erheben, die Entstehung von Zentren und Peripherien in Europa kausal zu erklären. Fundierte Erklärungen erfordern sicherlich eine sehr komplexe sozialhistorische Analyse. Wenn man aber frühe Verstädterung, Reformation, und egalitäre Agrarstrukturen als positive Voraussetzungen betrachtet, so können diese doch bis zu einem bestimmten Grad verdeutlichen, mit welchem historischen Erbe die einzelnen Länder bzw. Regionen Europas in den Prozeß der ökonomischen und soziokulturellen Transformation seit dem Beginn des industriellen Zeitalters eingetreten sind. Dieses Erbe ist in vieler Hinsicht heute noch wirksam.

2.3 Herausbildung neuer Zentren und Peripherien im Prozeß der Industrialisierung

Bereits vor der industriellen Revolution bestanden erhebliche Entwicklungsunterschiede zwischen den Regionen Europas. Diese Unterschiede haben sich im Verlauf der Ausbreitung des Kapitalismus in dramatischer Weise vergrößert.

Es kann hier nicht näher darauf eingegangen werden, warum sich das ökonomische Zentrum Europas im Lauf des 16./17. Jh. von Norditalien nach Nordwesteuropa (England, Holland, Belgien) verlagerte. Das Abschnüren alter Handelswege in den Nahen Osten durch die Türken mag ein Grund dafür gewesen sein. Ein weiterer war die Entstehung eines intensiven Seehandels an der Atlantikküste nach der Entdeckung Amerikas. Daß gerade England zum Ursprungsland der industriellen Revolution wurde, läßt sich, wenn überhaupt, nur durch ein Zusammentreffen günstiger Umwelt- und Strukturbedingungen erklären: frühe nationale Konsolidierung aufgrund der abgeschirmten Insellage;

Übersicht 1:

Strukturelle Voraussetzungen für die Entstehung von
Zentren und Peripherien in Europa

	(1) geoökono- m. Zentra- lität	(2) frühe Ver- städ- terung	(3) hoher Prote- stan- ten Anteil	(4) egali- täre Agrar- struk- turen	(5) frühe natio- nale Eini- gung
Norwegen	+	-	++	++	+
Schweden	+	-	++	++	+
Dänemark	+	-	++	+	+
Finnland	-	-	++	++	-
England	+	+	++	+	++
Irland	-	-	-	-	-
Holland	++	+	+	++	++
Belgien	++	+	-	+	+
Deutsch-	++	+	+	+	+
Frank-	+	+	-	+	++
Schweiz	+	-	+	+	++
Österreich	+	-	-	+	-
Tschechoslow.	+	-	+	+	-
Polen	+	-	-	-	-
Ungarn	+	-	+	-	-
Italien	+	+	-	+-	+
Spanien	-	+	-	-+	++
Portugal	-	-	-	-	++
Jugosla-	-	-	-	-+	-
Rumänien	-	-	-	-	-
Bulgarien	-	-	-	+	-
Griechenland	-	-	-	-	-

Quellen:

CHRISTALLER 1950; FLORA et al. 1983; Knaur's Großer
Historischer Weltatlas 1975; MITCHELL 1975.

eine frühe bürgerliche Revolutionen, die die soziale Lage der Landbevölkerung verbesserte und zum gesellschaftlichen Aufstieg des Niederen (bürgerlichen) Adels führte, der in der Folge zum Träger des frühen englischen Agrarkapitalismus wurde.

Die eigentliche industrielle Revolution breitete sich ab etwa 1750-1800 zunächst in England und mit einigem zeitlichen Abstand in den umliegenden Staaten Holland, Belgien, Frankreich, Norddeutschland, sowie der Schweiz aus.

Der von Nordwesteuropa ausgehende ökonomische Entwicklungsschub (»economic pull«) führte zunächst zu einer gewaltigen Intensivierung des Kontinentalhandels. Die industrialisierten Länder entwickelten einen ständig steigenden Bedarf an Rohstoffen und Nahrungsmitteln. So wurden zunächst die den damaligen Industriezentren benachbarten Regionen, das rohstoffreiche Skandinavien und die großen Agrargebiete Osteuropas, die Primärgüterlieferanten für die Zentren (WALLERSTEIN 1974). Doch während das zunächst ebenfalls periphere Skandinavien aufgrund einer Reihe günstiger interner Entwicklungsbedingungen (vgl. 2.2) in der Folge einen eigenständigen ökonomischen Entwicklungsweg einschlagen konnte, entstand in den osteuropäischen Gebieten auf lange Sicht eine halbkoloniale ökonomische Abhängigkeit, wodurch sich die Unterentwicklung verfestigte (monokulturelle Agrarstruktur, Ausschaltung des ohnehin schwach entwickelten heimischen Handwerks durch Industrieprodukte aus den Zentren).

Durch die großflächige Ausweitung des Kapitalexports von den frühindustrialisierten Ländern in den Süden Europas ab Mitte des 19. Jh. kamen auch die südeuropäischen Länder, die bisher nur in geringerem Maße in den kapitalistischen Einflußbereich integriert waren (Spanien, Portugal, Italien), in ökonomische Abhängigkeit von den Zentren. Um die Jahrhundertwende erreichte die Staatsverschuldung mehrerer südeuropäischer Länder ein Ausmaß, das der derzeitigen Schuldenkrise der Dritten Welt durchaus vergleichbar ist (BEREND/RANKT 1982).

Dazu kam noch, daß in den größeren der damals eher rückständigen Staaten, Spanien, Italien, Habsburgermonarchie, ein enormes internes Entwicklungsgefälle bestand. Durch die Kapitalinteressen der entwickelten und politisch tonangebenden Regionen innerhalb dieser Länder wurden mittels zentralistischer wirtschaftspolitischer Maßnahmen eher Strukturen eines internen Kolonialismus als ein regionaler Ausgleichsprozeß geschaffen (HADJIMICHALIS 1987).

Das Ausmaß der disparitären Ausbreitung der industriellen Revolution in Europa verdeutlicht ein Vergleich der Veränderungen des Anteils der Agrarbevölkerung in den Ländern Europas von 1860 bis 1930 (s. Tabelle 1). Bis 1860 hatte die Umschichtung der Berufsstruktur ausschließlich die Länder in Nordwesteuropa erfaßt. Dort ist die Agrarbevölkerung bereits auf etwa die Hälfte aller Berufstätigen gesunken; einzig England liegt mit nur mehr 25% Agrarbevölkerung deutlich abgehoben an der Spitze. Skandinavien, Osteuropa,

Tabelle 1:

Anteil der Agrarbevölkerung an der erwerbstätigen
Gesamtbevölkerung

	1860	1930		1869	1930
	%	%		%	%
Norwegen	60	35	Österreich	80	32
Schweden	72	35	Tschechosl.	75	34
Dänemark	55	35	Polen	75*	61
Finnland	75	64	Ungarn	77	52
England	23	6			
Irland		51	Italien	72	47
			Spanien	71	55
Holland	45	21	Portugal	73	50
Belgien	46	17			
Deutschland	56	29	Jugoslawien	85	77
Frankreich	52	36	Rumänien	81	73
Schweiz	57	21	Bulgarien	82	73
			Griechenland	88	60

Quellen:

BEREND/RANKI 1982; FLORA et.al. 1983.

* Für Polen liegen für 1860 keine Gesamtdaten vor,
es wurde der Agraranteil in Galizien angegeben.

die Gebiete der Habsburgermonarchie und der gesamte Süden Europas hingegen waren noch vorwiegend agrarisch (mit einer durchschnittlichen Agrarbevölkerung von 70-85%).

Ein Teil der Regionen, die um 1860 noch Peripherie waren, konnte jedoch bis 1930 den Entwicklungsrückstand deutlich reduzieren oder sogar aufholen. Schweden und Norwegen, Österreich und die Tschechoslowakei können nunmehr bereits zu den fortgeschrittenen industrialisierten Ländern gerechnet werden.

In geringerem Ausmaß hat ein sozioökonomischer Entwicklungsprozeß auch in Italien, Spanien, Portugal und Ungarn stattgefunden. Spanien und Italien müßten allerdings sicherlich in einen industrialisierten Norden und einen nach wie vor peripheren Süden unterteilt werden.

Kaum eine Entwicklung zeigt sich hingegen auf dem Balkan. Aber auch in den nordosteuropäischen Randgebieten, in Polen und Finnland, ging bis zu diesem Zeitpunkt der Modernisierungsprozeß nur sehr langsam vor sich.

3. Die sozioökonomische Entwicklung Europas von der Zwischenkriegszeit bis in die Siebziger Jahre des 20. Jahrhunderts

Nach dieser weiter zurückgreifenden soziologisch-historischen Skizze kommen wir nun zu einer Analyse der jüngeren Entwicklung in Europa. Es soll gezeigt werden, ob und wie sich das Verhältnis von Zentren und Peripherien in Europa von der Zwischenkriegszeit bis zum Ende der 70er Jahre verändert hat. Von entscheidender Bedeutung ist hierbei die Trennung Europas nach dem 2. Weltkrieg in eine westliche, kapitalistische und östliche, sozialistische Hälfte.

3.1 Hypothesen und Indikatoren

Es stellen sich dabei u.a. folgende Fragen: Hat sich der Entwicklungsrückstand der östlichen gegenüber der westlichen Hemisphäre Europas durch die Errichtung sozialistischer Gesellschaftssysteme vergrößert oder verringert? Hat sich der Entwicklungsrückstand der (vorwiegend) südlichen Regionen innerhalb der beiden politisch-wirtschaftlichen Machtblöcke vergrößert oder verringert? Man kann hierzu mehrere Hypothesen aufstellen:

- 1) Durch die radikale Veränderung und die relativ starke Angleichung der politischen und wirtschaftlichen Strukturen im sozialistischen Osteuropa müßte es dort zu einer stärkeren Angleichung des ökonomischen und soziokulturellen Entwicklungsniveaus der einzelnen Länder gekommen sein. Dies wäre auch deswegen zu erwarten, weil für die höherentwickelten sozialistischen Staaten (DDR, CSSR) die Eingliederung in den osteuropäischen Wirtschaftsraum (COMECON) ja die Integration in einen im Vergleich zum eigenen Niveau weniger hoch entwickelten Wirtschaftsraum bedeutete.
Für Westeuropa ist eine derartige Angleichung nicht zu erwarten. Zwar wurde auch hier mit der Bildung der EWG die Integration vorangetrieben. Da die EWG zunächst aber nur die hochentwickelten mitteleuropäischen Staaten umfaßte, die südliche Peripherie jedoch erst seit kurzem integriert ist, dürfte sich eine Entwicklungsangleichung noch nicht in dem Maße zeigen.
- 2) Als Gegenthese zu (1) läßt sich jedoch auch postulieren, daß die langfristigen Auswirkungen der soziokulturellen und ökonomischen Differenzierung Europas nach wie vor so stark wirksam sind, daß sich der Entwicklungsunterschied von Zentren und Peripherien im gegebenen Zeitraum kaum verändert oder sogar noch vergrößert hat.
- 4) Die Bewertung der unterschiedlichen Entwicklungsdynamik des kapitalistischen Westeuropas und des sozialistischen Osteuropas ist auch eine Frage der verwendeten Indikatoren. Unter kapitalistischer Perspektive ist wirtschaftliches Wachstum und Versorgung mit Konsumgütern, unter sozialistischer Perspektive ist die Angleichung des Zugangs zu

ökonomischen und soziokulturellen Ressourcen (Einkommensangleichung, gleiche Bildungschancen) von vorrangiger Bedeutung. In der Praxis dürften jedoch die Unterschiede nicht so groß sein: auch im Sozialismus wurden und werden die wirtschaftlichen Wachstumsziele groß geschrieben, auch im Westen wurde (zumindest in den letzten Jahrzehnten) ein sozialer Wohlfahrtsstaat propagiert.

Es ist zu erwarten, daß nach wirtschaftlichen Wachstumsindikatoren der Entwicklungsvorsprung des Westen erhalten blieb oder sich sogar vergrößert hat, daß nach sozialen und kulturellen Indikatoren die osteuropäischen Staaten gegenüber dem Westen aufgeholt oder diesen sogar überholt haben.

Eine entscheidende Frage ist mithin die Auswahl der Vergleichsindikatoren. Das Entwicklungsniveau eines Landes müßte unter Einbeziehung ökonomischer, kultureller und sozialer Dimensionen erfaßt werden. Für den Zeitpunkt 1925-30 ist jedoch das Spektrum relevanter Indikatoren durch das verfügbare statistische Datenmaterial sehr eingeschränkt.

Für den Vergleich des sozioökonomischen und soziokulturellen Entwicklungsniveaus der europäischen Länder um 1925-30 sowie um 1975-80 wurden folgende Indikatoren herangezogen:

1. Anteil der Agrarbevölkerung an der Erwerbsbevölkerung;
2. Exportleistung pro Kopf,
3. BNP pro Kopf (Daten nur für 1975-1980 verfügbar);
4. PKW's pro 1000 Ew.;
5. Radios pro 1000 Ew.;
6. Telefone pro 1000 Ew.;
7. Alphabetisierungsrate (da um 1980 alle Länder Europas fast vollständig alphabetisiert sind, wurde dieser Indikator nur für 1930 verwendet);
8. Studenten pro 10.000 Ew.;
9. Anteil der Frauen an der Erwerbsbevölkerung;
10. Geburtenrate;
11. Kindersterblichkeit;
12. Ärzte pro 100.000 Ew. (Daten nur für 1980 vorhanden);
13. Spitalsbetten pro 100.000 Ew. (nur für 1980).

Die Angabe eines Zeitintervalls (1925-30 bzw. 1975-80) ist deshalb erforderlich, weil nicht alle Daten für das gleiche Jahr verfügbar sind. Soweit vorhanden, wurden jeweils die Daten an der oberen Intervallgrenze (1930, 1980) verwendet.

Eine explorative Faktorenanalyse dieser Items ergibt zwei Faktoren (s. Tabelle 2). Der erste Faktor, der für beide Vergleichszeitpunkte einen sehr hohen Varianzanteil erklärt, mißt das sozioökonomische Entwicklungsniveau: der Anteil des Agrarsektors, die Exportleistung, das BNP/Kopf, die Versorgung mit modernen Konsumgütern, sowie die Höhe der Kindersterblichkeit haben hohe Ladungen auf diesem Faktor. Der zweite Faktor hat für die beiden Untersu

chungszeitpunkte jeweils eine unterschiedliche Ladungsstruktur und erklärt nur einen geringen Varianzanteil. Da eine zugrundeliegende Dimension nicht evident ist, können wir nur sagen, daß es sich bei den entsprechenden Indikatoren um Bereiche handelt, die im Ländervergleich offensichtlich nicht oder nur zum Teil mit der sozioökonomischen Entwicklung parallel verlaufen. Dieser Faktor enthält die Variablen Frauenerwerbsquote, Geburtenrate, Studentenzahl (1930) und Zahl der Ärzte (1980).

Tabelle 2:

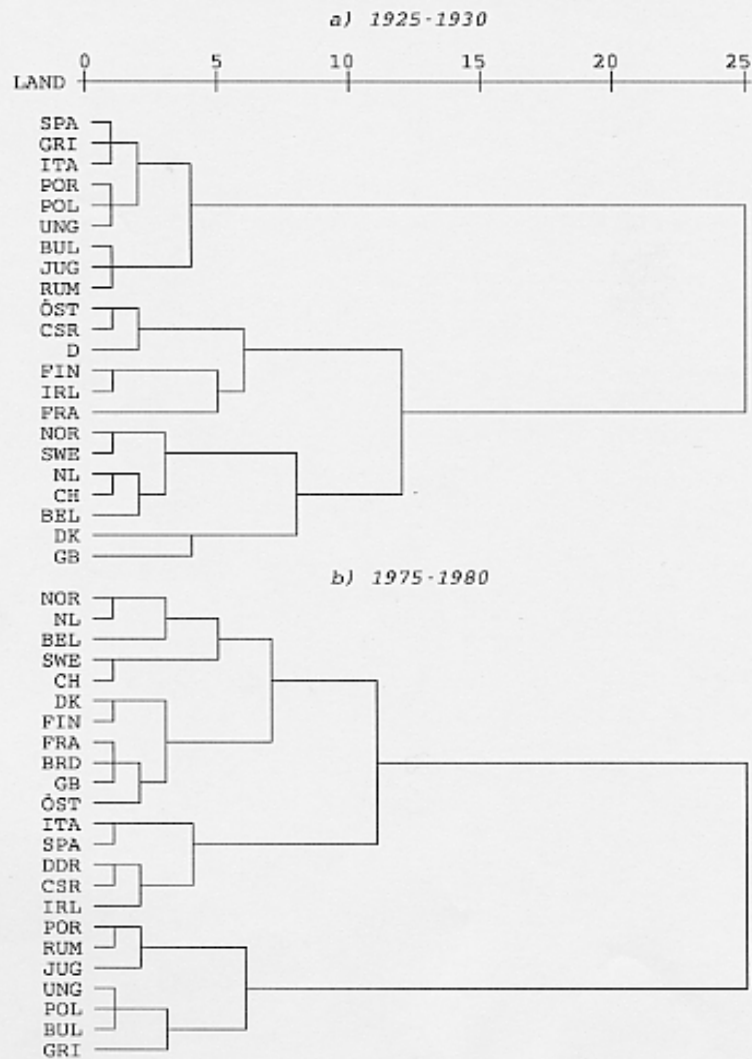
Faktorenanalyse sozioökonomischer und soziokultureller Entwicklungsindikatoren der Länder Europas

	a) 1925 -1930		b) 1975 -80	
	FAK-TOR1	FAK-TOR2	FAK-TOR1	FAK-TOR2
Beschäftigte im Agrar sektor	-.78	-.32	-.91	-.12
Export (in \$) pro Kopf	.91	.19	.86	-.08
BNP (in \$) pro Kopf	-	-	.92	.16
Studenten/1000 Ew.	-.01	.95	.44	.04
Alphabetisierungsrate	-.65	-.65	-	-
Frauenerwerbstätigkeit	.60	.53	-.13	.76
PKW/1000 Ew.	.87	-.00	.92	.00
Telefon/1000 Ew.	.85	.15	.86	.14
Radio/1000 Ew.	.87	.25	.74	.01
Geburtenrate	-.73	-.61	-.64	.57
Kindersterblichkeit	-.79	-.33	-.91	-.04
Ärzte pro 1000 Ew.	-	-	.08	.76
Spitalsbetten pro 1000 Ew.	-	-	.75	.15
Erklärte Varianz:	68.5%	12.2%	56.2%	12.5%

Quellen:

FLORA et al. 1983; MITCHELL 1975; Statistical Yearbook of the League of Nations 1931; Statistisches Handbuch für die Republik Österreich 1984; TAYLOR/JODICE 1983; The East European and Soviet Data Handbook 1975; Yearbook of the United Nations 1986. Auf der Basis der Ergebnisse der Faktorenanalyse wurde nun mittels Clusteranalyse eine Gruppierung der Länder nach ihrem Entwicklungsniveau

Abbildung 1: Clusteranalyse der Länder Europas nach dem sozioökonomischen Entwicklungsniveau



vorgenommen. Um eindeutig interpretierbare Ergebnisse zu erhalten, wurden hierbei nur jene Indikatoren zugrundegelegt, die sowohl für 1925-30 als auch für 1975-80 verfügbar sind und die auf dem Faktor »Sozioökonomische Entwicklung« zu beiden Zeitpunkten eine hohe Ladung aufweisen (Agrarquote, Exportleistung, Versorgung mit PKW, Telefon, Radio und Kindersterblichkeit).

Die Analyse sollte (mit Ausnahme der Zwergstaaten) grundsätzlich alle europäischen Länder umfassen. Albanien konnte mangels verfügbarer Daten nicht einbezogen werden. Die UdSSR und die Türkei wurden nicht mitberücksichtigt, da in beiden Ländern der größere Teil des Staatsgebiets außerhalb Europas liegt und die UdSSR auch aufgrund wirtschaftsgeographischer Kriterien (CHRISTALLER 1950) nicht zur Makroregion Europa zählt. (Auch ROKKAN klammert sie aus seinen Analysen meist aus; in soziokultureller Hinsicht läßt sich allerdings sehr wohl für die Zugehörigkeit der UdSSR bzw. Rußlands zu Europa argumentieren; vgl. dazu JORDAN 1988; HALLER 1990a).

Die Verwendung der Clusteranalyse zur Gruppierung von Objekten (in dem Fall: Ländern) nach ähnlichen Merkmalsprofilen ist ein häufig verwendetes, wenn auch nicht unproblematisches Verfahren. So ist statistisch nicht eindeutig entscheidbar, welches der zahlreichen clusteranalytischen Verfahren die »optimale« Gruppierung ergibt. Auch liegt es im Ermessensspielraum des Forschers, welche Anzahl von Clustern er als optimale Lösung betrachtet, d.h. Clusterlösungen können letztlich nur nach Plausibilitätsgründen beurteilt werden (SCHLOSSER 1976). Die im folgenden präsentierten Ergebnisse der Clusteranalysen nach dem Ward-Verfahren sind daher nur als Anhaltspunkt für die relative Lage bzw. für die Veränderungen der Entwicklungsdynamik der europäischen Staaten von der Zwischenkriegszeit bis 1980 zu betrachten.

Für beide Zeitpunkte ergibt sich nach den üblichen clusteranalytischen Interpretationsregeln eine Zwei-Cluster-Lösung von hoch- und niedrigentwickelten Ländern (Abbildung 1). Im Sinne einer etwas genaueren Differenzierung wollen wir noch eine dritte Gruppe von Ländern mit mittlerem Entwicklungsniveau unterscheiden. Zur Veranschaulichung wurden die Ergebnisse der Clusteranalyse auf die Landkarte Europas übertragen (Abbildung 2).

3.2 Die neue Struktur Europas nach der Zweiteilung in Ost und West und der wirtschaftlichen Integration Westeuropas

Aus diesem Bild wird ersichtlich, daß sich Veränderungen vor allem in Mittel- und Westeuropa ergeben haben, daß sich aber die relative Position der südeuropäischen Randstaaten und der osteuropäischen Peripherien nur geringfügig verändert hat.

Die Veränderungen im nordwest- und mitteleuropäischen Raum lassen sich global so charakterisieren: 1925-30 lag das Zentrum der Entwicklung im Nordwesten Europas: England, Belgien, Holland, Dänemark, Norwegen, Schweden und die Schweiz - als einziges mitteleuropäisches Land - bildeten damals die

Abbildung 2: Zentren und Peripherien in Europa
1925-1930

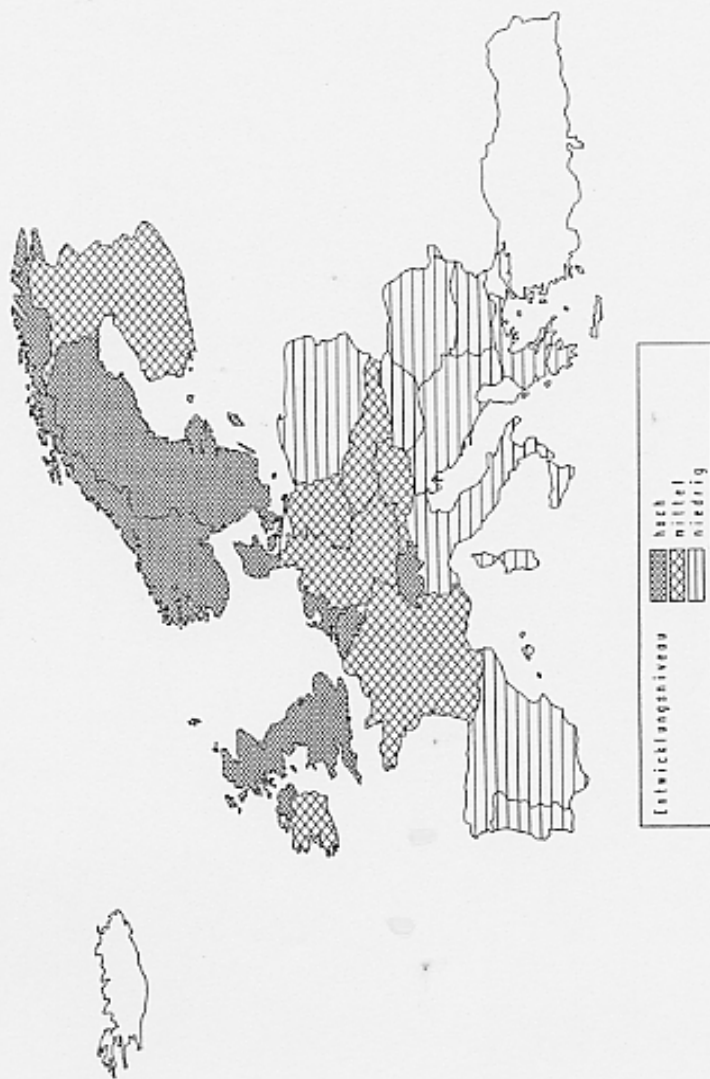


Abbildung 2: Zentren und Peripherien in Europa
1975-1980



Gruppe der fortgeschrittensten Länder. Mittlerweile hat sich das sozioökonomische Entwicklungszentrum auf Mitteleuropa ausgeweitet bzw. sogar dahin verlagert. Die Annahme ist naheliegend, daß die Bildung der EWG hierbei eine wichtige Rolle gespielt hat. Die Länder, die sich am frühesten zur EWG zusammengeschlossen haben, konnten - sofern sie nicht ohnehin bereits im Spitzenfeld der Entwicklung lagen (Beneluxstaaten) - durchwegs ihre Position verbessern (BRD, Frankreich, Italien).

Auf der Seite der sozialistischen Länder läßt sich zunächst global feststellen, daß die DDR und die Tschechoslowakei zwar ihren früheren Entwicklungsvorsprung gegenüber den restlichen osteuropäischen Ländern behauptet haben, jedoch nicht mit der Entwicklungsdynamik der benachbarten mitteleuropäischen Staaten Schritt halten konnten. Somit bedeutete die Integration dieser beiden Staaten in das sozialistische Wirtschaftssystem einen relativen Positionsverlust.

Von den Ländern, die 1925-30 zu den europäischen Peripherieländern zählten, konnten einzig Italien und Spanien ihre Position verbessern. Portugal, Griechenland und die osteuropäischen Länder (mit Ausnahme der DDR und CSSR) bildeten nach wie vor die Schlußlichter in der Entwicklung.

Nach diesem globalen Überblick sollen nun anhand einzelner Sozialindikatoren die Veränderungen zwischen Zentren und Peripherien etwas detaillierter dargestellt werden. Wir gliedern hierbei die Länder Europas in Zentren (= Länder, die nach den Ergebnissen der Clusteranalyse um 1925-30 ein hohes/mittleres Entwicklungsniveau hatten) und Peripherien sowie in westlich-kapitalistische und östlich-kommunistische Länder.

(a) Sozioökonomische Entwicklung

Bei sehr unterschiedlichem Ausgangsniveau um 1930, kam es in den meisten Ländern Europas zu einem relativ ähnlichen Rückgang des Beschäftigtenanteils im Agrarsektor. Der Abstand der süd- und osteuropäischen Peripherien hat sich also in diesem Zeitraum kaum verringert, dem Verhältnis nach sogar vergrößert: Um 1930 arbeiteten in den Peripherieländern doppelt so viele Erwerbstätige im Agrarsektor wie in den Zentrumsländern, 1980 waren es drei- bis viermal so viele. In den höherentwickelten sozialistischen Staaten DDR und CSSR, die sich um 1930 in einer ähnlichen Ausgangslage befanden wie die westeuropäischen Länder, ist der Umstrukturierungsprozeß von Agrar- zu Industrie- und Dienstleistungsgesellschaften langsamer vor sich gegangen; sie liegen mit 15% Agrarbeschäftigten deutlich hinter den westlichen Zentren. Von den südeuropäischen Ländern lag Italien mit nur mehr 13% Beschäftigten im Agrarsektor um 1980 mit Abstand am nächsten zu den hochentwickelten europäischen Staaten.

Das BNP pro Kopf stellt als Bewertungsgrundlage beim Vergleich kapitalistischer und sozialistischer Wirtschaftssysteme zwar eine umstrittene Größe

Tabelle 3:

Ökonomisches Entwicklungsniveau in den zentralen und peripheren Regionen Europas, 1925-1930 und 1975-1980

Beschäftigte im Agrar- sektor (in %)	1925- 1930	ZENTRUM- WEST=100	1975- 1980	ZENTRUM WEST=100
ZENTRUM-WEST	32	100	8	100
Belgien	17		3	
Dänemark	35		7	
Deutschland/BRD	29		5	
Finnland	64		11	
Frankreich	36		9	
Großbritannien	6		2	
Irland	51		18	
Niederlande	21		5	
Norwegen	35		8	
Österreich	32		9	
Schweden	35		6	
Schweiz	21		7	
ZENTRUM-OST	36	109	14	175
CSSR	35		14	
DDR			15	
PERIPHERIE-WEST	53	166	22	275
Griechenland	60		31	
Italien	47		13	
Portugal	50		27	
Spanien	55		18	
PERIPHERIE-OST	68	212	29	362
Bulgarien	73		25	
Jugoslawien	77		42	
Polen	61		27	
Rumänien	76		31	
Ungarn	52		22	

Fortsetzung der Tabelle auf der folgenden Seite!

Tabelle 3: Fortsetzung von der vorhergehenden Seite

Export pro Kopf (US \$)	1925-1930	ZENTRUM-WEST=100	1975-1980	ZENTRUM WEST=100
ZENTRUM-WEST	70	100	3260	100
ZENTRUM-OST	38	56	1130	40
PERIPHERIE-WEST	14	20	764	24
PERIPHERIE-OST	11	16	708	22

BNP pro Kopf (US \$)				
ZENTRUM-WEST			8775	100
ZENTRUM-OST			5165	59
PERIPHERIE-WEST			3510	40
PERIPHERIE-OST			2828	32

Quellen:

FLORA et al. 1983; MITCHELL 1975; Statistical Yearbook of the League of Nations 1931; TAYLOR/JODICE 1983; Yearbook of the United Nations 1986.

Anmerkung:

Für West- und Ostdeutschland sind für 1925-30 meist keine getrennten Werte verfügbar. Da Westdeutschland dem westlichen, Ostdeutschland dem östlichen Zentrum zugerechnet wurde, wurden bei der Berechnung der Durchschnittswerte für ZENTREN-WEST und ZENTREN-OST um 1925-30 (Tab. 3 bis Tab. 6) wurde jeweils der Wert für Gesamtdeutschland zugrundegelegt.

dar, da sozialistische Staaten ihre Bilanzen nach anderen Kriterien erstellten. Trotzdem ist es immer noch die beste Annäherung an die gesamtwirtschaftliche Kapazität beim Vergleich zwischen Ländern (vgl. von BEYME, 1975). Auch das Exportvolumen im Verhältnis zur Bevölkerungszahl ist ein aussagekräftiger Indikator für die wirtschaftliche Leistungskraft eines Landes. Gewisse Verzerrungen können sich dadurch ergeben, daß kleinere Länder in der Regel aufgrund der begrenzten Inlandsmärkte stärker exportorientiert sind; zudem steigert die Verfügung über bestimmte Rohstoffe, etwa Erdöl, das Exportvolumen in besonderem Maß. Die hohe Korrelation von BNP pro Kopf und Export pro Kopf um 1975-80 ($r = .84$) läßt es jedoch als gerechtfertigt erscheinen, mangels verfügbarer BNP-Daten für 1925-30 das Exportvolumen als wirtschaftliche Kenngröße zu verwenden.

Das Exportvolumen der Peripherieländer erreicht um 1930 im Durchschnitt nur etwa ein Fünftel der Zentrumsländer. Trotz der seit dem Zweiten Weltkrieg verstärkten Industrialisierung sowohl der kapitalistischen wie der sozialistischen Peripherieländer bleibt ihr Exportrückstand gegenüber den Zentrumsländern auch um 1980 in etwa gleich groß. Im Verhältnis dazu sind die Unterschiede im BNP pro Kopf um 1977 etwas geringer. Dieses ist in den westlichen Zentrumsländern in etwa dreimal so hoch wie in den Peripherieländern. BNP-Daten von 1925, die BEREND/RANKT (1982) für die sozialistischen Peripherieländer und ausgewählte westliche Industrieländer (Großbritannien, Frankreich, Deutschland u.a.) berechneten, ergeben ähnlich große Unterschiede zwischen diesen Ländergruppen. Dies verweist wiederum darauf, daß das Ausmaß des ökonomischen Rückstands der Peripherieländer im wesentlichen unverändert groß geblieben ist.

(b) Auto, Radio, Telefon - die Ausbreitung der Wohlstandsgesellschaft

Vor nur 60 Jahren waren Auto, Radio und Telefon auch in den höchstentwickelten westlichen Staaten Europas noch Luxusgüter mit geringer Verbreitung, in den südlichen und östlichen Peripherieländern waren sie praktisch noch unbekannt. Um 1975-80 waren diese typischen Wohlstandsgüter in den führenden westlichen Industriestaaten für die große Mehrheit der Haushalte bereits zu Selbstverständlichkeiten des täglichen Lebens geworden: auf 1000 Einwohner entfallen 340 Autos, 380 Radios und 400 Telefone.

Die Peripherieländer haben zwar mittlerweile den Rückstand in der Versorgung mit diesen Konsumgütern gegenüber dem Westen reduziert. Hier zeigt sich zudem sehr deutlich die unterschiedliche Gewichtung des individuellen Massenkonsums zwischen kapitalistischem Westen und sozialistischem Osten. Die kapitalistischen Peripherieländer sind im Länderdurchschnitt doppelt so gut mit Autos und Telefon versorgt wie die sozialistischen Peripherien, ja sogar noch etwas besser als die entwickelten sozialistischen Staaten DDR und CSSR.

(c) Alphabetisierung und höhere Bildung

Während die Länder Nordwest- und Mitteleuropas um 1930 bereits fast vollständig alphabetisiert waren, lag die Analphabetenrate in den süd- und osteuropäischen Ländern noch bei durchschnittlich 40% bis 50%. Wir haben bereits darauf hingewiesen, daß eine frühe Bildungsmobilisierung vor allem in den nordeuropäischen protestantischen Ländern erfolgte (FLORA 1987). Die allgemeine Schulbildung wurde jedoch auch in den politisch und kulturell zentralen katholischen Ländern Mitteleuropas (Frankreich, Österreich) schon sehr früh forciert. Insbesondere für die bis 1850 ökonomisch noch peripheren Länder Skandinaviens, aber auch für Österreich und die Tschechoslowakei dürfte die frühe Bildungsmobilisierung mit ein Hauptfaktor dafür gewesen sein, daß in

Tabelle 4:

Versorgung mit modernen Massenkommunikationsmitteln
in den zentralen und peripheren Regionen Europas,
1925-30 und 1975-80

Radios pro 1000 Ew.	1925- 1930	ZENTRUM- WEST=100	1975- 1980	ZENTRUM- WEST=100
ZENTRUM-WEST	105	100	386	100
ZENTRUM-OST	84	80	351	91
PERIPHERIE-WEST	11	10	253	66
PERIPHERIE-OST	17	16	218	56
<u>Telefone pro 1000 Ew.</u>				
ZENTRUM-WEST	47	100	379	100
ZENTRUM-OST	28	60	163	43
PERIPHERIE-WEST	6	13	212	56
PERIPHERIE-OST	6	13	85	22
<u>PKW's pro 1000 Ew.</u>				
ZENTRUM-WEST	15	100	330	100
ZENTRUM-OST	5	33	180	54
PERIPHERIE-WEST	4	27	212	64
PERIPHERIE-OST	1	7	108	33

Quellen:

Statistical Yearbook of the League of Nations 1931;
Yearbook of the United Nations 1986; TAYLOR/JODICE
1983.

diesen Ländern bis 1930 bereits ein beträchtlicher ökonomischer Aufholprozeß stattfinden konnte (BEREND/RANKI 1982).

Als zweiter Indikator für das Bildungsniveau wurde die Zahl der Studenten herangezogen. Ein Vergleich der Studentenzahlen pro 10.000 Ew. zeigt, daß diesbezüglich bereits um 1930 die Unterschiede zwischen den Zentrums- und Peripherieländern nicht so groß waren, wie man vielleicht erwartet hätte. Auch um 1975-80 finden wir nur relativ geringe Unterschiede in den Studentenzahlen zwischen den Makroregionen. Aufgrund unterschiedlicher Bildungssysteme sind die Studentenzahlen jedoch nur beschränkt als Indikator für höhere Bildungsqualifikation verwendbar. So werden etwa in Jugoslawien und anderen

Tabelle 5: Bildung und Frauenerwerbstätigkeit in den zentralen und peripheren Regionen Europas, 1925-30 und 1975-80

Alphabetisierungsrate	1925 1930	ZENTRUM- WEST=100	1975- 1980	ZENTRUM WEST=100
ZENTRUM-WEST	99	100		
ZENTRUM-OST	98	99		
PERIPHERIE-WEST	57	58		
PERIPHERIE-OST	67	68		

Studenten pro 10.000 Ew.

ZENTRUM-WEST	18	100	161	100
ZENTRUM-OST	20	111	141	87
PERIPHERIE-WEST	13	72	137	85
PERIPHERIE-OST	14	78	136	84

Frauenanteil an der Erwerbsbevölkerung (in %)

ZENTRUM-WEST	34	100	38	100
ZENTRUM-OST	29	85	45	118
PERIPHERIE-WEST	25	73	31	81
PERIPHERIE-OST	23	68	43	113

Quellen:

Statistical Yearbook of the League of Nations 1931; Yearbook of the United Nations 1986; TAYLOR/JODICE 1983.

sozialistischen Staaten die Studentenzahlen durch (technische) Kurzstudien stark angehoben.

Eine Rolle dürfte bei diesen Unterschieden aber auch die Gleichheit bzw. Ungleichheit der landwirtschaftlichen Besitzverhältnisse gespielt haben. Auf Makroebene zeigt sich noch in der Nachkriegszeit ein sehr stark positiver Zusammenhang zwischen der Ungleichheit der Landverteilung und der Studentenquote (Daten dazu in TAYLOR/HUDSON 1972). Länder wie Dänemark und Schweden, aber auch Polen und Jugoslawien, weisen sowohl eine relativ egalitäre landwirtschaftliche Besitzverteilung als auch hohe Studentenquoten auf, Länder wie Großbritannien, Norwegen, Deutschland, Österreich und Ita

lien sind durch inegalitäre Besitzverhältnisse und niedrige Studentenquoten charakterisiert.

Abschließend läßt sich jedenfalls feststellen, daß mit dem forcierten Ausbau der Primär- und höheren Bildung in den süd- und osteuropäischen Ländern zumindest eine Voraussetzung geschaffen wurde, um mittelfristig die sozioökonomischen Entwicklungsrückstände zu überwinden. Für die herrschende Klasse in den früher sozialistischen Länder Osteuropas hat sich dieser unbestreitbare Erfolg in der Anhebung des allgemeinen Bildungsstandes (vgl. auch LANE 1990) langfristig möglicherweise sogar verhängnisvoll ausgewirkt. Die »Perestroika« von GORBATSCHOW hat in den neuen, qualifizierten und hochgebildeten jungen Menschen in technischen, wissenschaftlichen, künstlerischen und sozialen Berufen ohne Zweifel eine ihrer Hauptstützen gefunden.

(d) Berufstätigkeit der Frau

Wenngleich die Zunahme der Berufstätigkeit der Frau in den sekundären und tertiären Wirtschaftssektoren durch den erhöhten Arbeitskräftebedarf der wirtschaftlichen Expansion der letzten Jahrzehnte mitbedingt ist, ist sie doch auch wesentlich mit der Frage der Gleichberechtigung der Frau verknüpft - und somit ein Indikator für den sozialen Wandel von Gesellschaften.

In den westeuropäischen Ländern zeigt sich nach wie vor das traditionelle Nord-Süd-Gefälle (Tabelle 5). War der Frauenanteil an den Erwerbstätigen in Nord/Mitteleuropa bereits um 1930 höher als in Südeuropa, so haben sich die Unterschiede bis 1980 sogar noch etwas vergrößert (von 34% auf 39% in den westlichen Zentralländern gegenüber 27 1/2% auf 31% in den Peripherien). Hierzu muß allerdings auch auf die in Südeuropa insgesamt niedrigere Erwerbquote verwiesen werden (HALLER 1986).

Die ost/südosteuropäischen Länder, in denen um 1930 der Frauenanteil deutlich hinter dem Rest Europas zurücklag (23%), haben mittlerweile mit einem Anteil von 45% sogar die nordwesteuropäischen Länder überholt. Dieses Faktum ist zum einen auf einen besonders hohen Arbeitskräftebedarf der sozialistischen Volkswirtschaften zurückzuführen, die im Vergleich zum Westen viel stärker personal- als kapitalintensiv arbeiteten. Zum anderen muß man darin auch die Realisierung sozialistischer Egalitätsforderungen sehen. Statistiken der Einkommensunterschiede zwischen Mann und Frau ergeben allerdings, daß diese in sozialistischen Ländern etwa gleich groß sind wie in westeuropäischen Ländern (von BEMME 1975).

(e) Medizinische Versorgung und Kindersterblichkeit

Wie Tabelle 6 zeigt, liegt der Ausbau der medizinischen Grundversorgung in den Peripherieländern im Durchschnitt nicht wesentlich hinter den hochentwickelten europäischen Staaten. Die Anzahl der Ärzte pro 100.000 Ew. ist in den

einzelnen Subregionen in etwa gleich. Mehrere sozialistische Staaten, wie die CSSR, Ungarn, Bulgarien, aber auch Griechenland haben sogar eine höhere Ärzteversorgung als der Durchschnitt der westlichen Industrieländer. Auch in der Versorgung mit Spitalsbetten weisen einige sozialistischen Peripherieländer kaum niedrigere Werte auf als die hochentwickelten Weststaaten. Eine Ausnahme bildet hier Jugoslawien, das zusammen mit Spanien und Portugal sowohl in bezug auf Spitäler als auch auf Ärzte deutlich hinter dem Rest Europas liegt.

Tabelle 6:

Kindersterblichkeit und medizinische Versorgung in den zentralen und peripheren Regionen Europas, 1925-30 und 1975-80

Kindersterblichkeit pro 1000 Geborene	1925-1930	ZENTRUM-WEST=100	1975-1980	ZENTRUM-WEST=100
ZENTRUM-WEST	72	100	10	100
ZENTRUM-OST	110	152	16	160
PERIPHERIE-WEST	121	168	17	170
PERIPHERIE-OST	156	216	25	250
Ärzte pro 100.000 Ew.				
ZENTRUM-WEST			167	100
ZENTRUM-OST			210	126
PERIPHERIE-WEST			173	103
PERIPHERIE-OST			169	101
Spitalsbetten pro 100.000 Ew.				
ZENTRUM-WEST			117	100
ZENTRUM-OST			90	75
PERIPHERIE-WEST			67	58
PERIPHERIE-OST			74	58

Quellen:

Statistical Yearbook of the League of Nations 1931; Yearbook of the United Nations 1986; TAYLOR/JODICE 1983.

Der medizinisch-hygienische Fortschritt sowohl der westlichen als auch der östlichen Peripherieländer drückt sich auch in der starken Reduzierung der Kindersterblichkeit aus. Sie liegt zwar nach wie vor etwas höher als in den

Zentrumsländern, könnte jedoch in nicht allzu ferner Zukunft ähnlich niedrige Werte erreichen. Bei erheblich schlechterer Ausgangslage der osteuropäischen Peripherieländer sind diese Fortschritte sicher als Verdienst sozialistischer Gesundheitspolitik zu betrachten.

3.3 Peripherien innerhalb der Peripherieländer

Die bisherige Vorgangsweise, das regionale Entwicklungsgefälle Europas nur auf der Ebene von Staaten zu behandeln, führt ohne Zweifel zu einer verkürzten Sichtweise. Insbesondere die Entwicklungsunterschiede innerhalb der großen südeuropäischen Staaten machen es unabdingbar, die internen Strukturen dieser Länder bei der Lokalisierung von Zentren und Peripherien mitzubersichtigen.

Der historisch weit zurückverfolgbare Entwicklungsrückstand der südlichen Regionen in Italien und Jugoslawien gegenüber den nördlichen, im Falle Spaniens gegenüber den nordöstlichen Regionen dieser Länder, besteht auch heute noch in kaum verminderter Schärfe fort.

Dies soll an einigen beispielhaften Zahlen zur Agrarstruktur aufgezeigt werden. In Italien betrug um 1951 der Agraranteil an der Erwerbsbevölkerung im entwickelten Norden 22⁰Io gegenüber 43% im Süden. Bis 1977 konnte dieser Anteil im Norden auf 11% halbiert werden, im Süden lag er immer noch bei 30%. Auch in Jugoslawien veränderte sich in der sozialistischen Ära das Nord-Süd-Gefälle kaum. Slowenien näherte sich um 1971 mit 20% Agrarbevölkerung bereits dem damaligen österreichischen Entwicklungsstand an (18%), während Kroatien mit 32% und die südlichen Republiken Jugoslawiens, Serbien, Bosnien und Mazedonien mit über 40⁰Io weit zurück lagen.

Regionale Unterschiede größeren Ausmaßes lassen sich zwar auch in den hochentwickelten mitteleuropäischen Staaten feststellen. Hier konnte jedoch in den letzten Jahrzehnten eine etwas größere Nivellierung erreicht werden, wie die Veränderungen in den Großregionen Frankreichs von 1954 bis 1975 zeigen.

In Spanien läßt sich das Entwicklungsgefälle nicht so eindeutig an der Nord-Südachse festmachen, vielmehr sind es bestimmte Regionen vor allem im Süden, Westen, aber auch im Zentrum des Landes, in denen nach wie vor rückständige und inegalitäre agrarische Strukturen weiterbestehen. Ein besonderes Problem stellen in Spanien die seit Jahrhunderten bestehenden Großgrundbesitzverhältnisse dar. Im Landesdurchschnitt befand sich um 1956 nach wie vor 55⁰Io der Agrarfläche in Besitzungen von über 100 ha. (Im Vergleich dazu: Schweden 11%, BRD 5%, Italien 26%.) Bestimmte Regionen Südspaniens (Andalusien, Extremadura) erreichten 1956 noch Spitzenwerte einer Konzentration von 70⁰Io des Bodens in Großgrundbesitz. In diesen Regionen betrug der Anteil der besitzlosen bäuerlichen Arbeitskräfte (Landarbeiter, Tagelöhner) zum selben Zeitpunkt 50-75%, während dieser Anteil in den entwickelten nordund ostspanischen Gebieten nur mehr bei 20-25% lag (FLORES 1967).

Tabelle 7:
Regionale Unterschiede des Anteils der Agrarbevölkerung in Italien, Jugoslawien und Frankreich, 1951-1977

Italien	1951	1977	Jugoslawien	1961	1971	Frankreich	1954	1975
	%	%		%	%		%	%
Norden	22	11	Slowenien	31	20	Nord/Nordwest	15	7
Mitte	28	14	Kroatien	44	32	West/Südwest	45	19
Süden	43	30	Bosnien	50	40	Zentrum/Südost	26	10
			Serbien	56	44			
			Mazedonien	51	40			

Quellen:
HADJIMICHALIS 1987; PLETSCH 1978; GROTHUSEN 1975.

Die Aufrechterhaltung des Zentrum-Peripheriegefälles in Spanien und Italien begründen marxistische Autoren mit dem Werttransfer von den Agrarregionen zu den Industrieregionen infolge ungleicher Austauschverhältnisse, aber auch mit der mangelnden Fähigkeit des politischen Systems, den tiefverwurzelten Klientelismus, die personale Abhängigkeit der landlosen oder kleinen Bauern von den Großbesitzern, zu beseitigen (HADJIMICHALIS 1987). Der Fall Jugoslawiens zeigt jedoch, daß sich diese Entwicklungsunterschiede selbst bei gewandelten politischen und ökonomischen Strukturen kurz- und mittelfristig kaum verändern lassen.

Unter Berücksichtigung der internen Entwicklungsdifferenzen dieser südeuropäischen Länder muß eine Grenzziehung zwischen zentralen und peripheren Regionen in Europa heute jedenfalls Norditalien (z.T. auch schon Mittelitalien), Nordspanien (Katalonien, Baskenland) und vielleicht sogar Slowenien zu den europäischen Zentrumsregionen rechnen. Dies entspricht weitgehend den Zentrum-Peripherie Modellen Europas, die Francis DELAISI für 1930 auf der Basis der verfügbaren Pferdestärken, Dudley SEERS für 1979 anhand der inversen Gastarbeiter- und Touristenströme berechnet haben (De MARCm/BOILEAU 1982). In letzterem Modell wird allerdings das gesamte sozialistische Osteuropa, vermutlich aufgrund der reduzierten Touristenströme, zur europäischen Peripherie gerechnet (vgl. Abbildung 2).

4. Zusammenfassung und Diskussion

Ein Vergleich der Veränderung wichtiger Sozialindikatoren der europäischen Länder von 1925-30 bis 1975-80 zeigt, daß trotz des enormen sozialen und ökonomischen Entwicklungstempos der Gegenwart und trotz der massiven gesellschaftlichen Umgestaltungen in den sozialistischen Ländern ein Zeitraum von 50 Jahren zu kurz ist, um das Entwicklungsgefälle, das sich im Lauf der letzten Jahrhunderte zwischen den Ländern und Regionen Europas bildete, auszugleichen. Nach sozioökonomischen Entwicklungskriterien hat sich der Abstand der süd- und osteuropäischen Peripherieländer von den Zentren in Mittel- und Nordwesteuropa im Zeitraum von etwa 1930 bis 1980 kaum verringert.

Wir wollen uns zunächst der Frage zuwenden, wie weit sich dieses System von Zentren und Peripherien aus den von uns als maßgeblich erachteten geographischen und historischen Entwicklungsvoraussetzungen erklären läßt. Wir sind davon ausgegangen, daß die Entstehung von Zentren und Peripherien nur durch das Zusammenwirken mehrerer Faktoren erklärt werden kann, wobei wir als wichtigste Faktoren für eine hohe Entwicklung die geoökonomische Zentralität, einen hohen Verstädterungsgrad, einen hohen Protestantenanteil, egalitäre vorindustrielle Agrarstrukturen und einen frühen Zeitpunkt der nationalen Einigung betrachteten. Es zeigt sich, daß die empirische Klassifizierung von zentralen und peripheren Ländern sowohl für 1925-30 als auch für

1975-80 zu einem recht hohen Grad mit dem Vorhandensein bzw. Nichtvorhandensein dieser Entwicklungsbedingungen übereinstimmt. Die beiden wichtigsten Faktoren für eine dynamische sozioökonomische Entwicklung waren hierbei ein hoher Protestantenanteil und egalitäre agrarische Besitzstrukturen. Auf ihrer Basis konnten sich am frühesten demokratische politische Strukturen, ein leistungsorientiertes Bürgertum und eine gebildete und mündige Arbeiterschaft entwickeln.

In manchen Ländern wäre allerdings eine andere Positionierung zu erwarten gewesen. Österreich und Finnland gehören 1975-80 zur Gruppe der höchstentwickelten Länder, obwohl sie im Sinne der genannten Bedingungen relativ ungünstige Ausgangsbedingungen aufwiesen. Der ökonomische Aufstieg Österreichs mag zu einem großen Teil durch die Anbindung an den deutschen Wirtschaftsraum erklärbar sein. Finnland ist aufgrund seiner geographischen Lage eher zu einer peripheren Entwicklung prädisponiert. Finnland lag tatsächlich bis vor wenigen Jahrzehnten vergleichsweise weit hinter den entwickelten Ländern zurück. Nach SENGHAAS (1982) bestand in Finnland trotz schlechterer Ausgangsbedingungen als in den benachbarten skandinavischen Ländern (spätere politische Unabhängigkeit, einseitige Ausrichtung der Wirtschaft auf Holzexporte) grundsätzlich eine ähnlich egalitäre Sozialstruktur vor wie in den anderen skandinavischen Ländern, wodurch eine, wenn auch verzögerte, eigenständige autozentrierte Entwicklung möglich wurde. Dies bestätigt erneut die Bedeutung der langfristigen historischen Entwicklung für die Erklärung der gegenwärtigen Lage der einzelnen Länder und Regionen Europas.

Unser Modell der geographischen und historischen Bedingungen umfaßt jedoch nur gesellschaftsinterne Faktoren und nicht die politischen und ökonomischen Interaktionen zwischen Ländern und Regionen. Die Veränderungen der relativen ökonomischen Position einzelner Länder sind vor allem auch im Zusammenhang mit ihrer Integration in die EWG bzw. in den COMECON nach dem Zweiten Weltkrieg zu sehen. Innerhalb Westeuropas läßt sich eine Ausweitung und Verlagerung des ökonomischen Zentrums von Nordwesteuropa nach Mitteleuropa feststellen. Frankreich, die BRD und Italien haben als Gründungsmitglieder der EWG ihre Position deutlich verbessern können. Andererseits konnten die DDR und die CSSR, deren Entwicklungsniveau um 1930 durchaus dem der übrigen mitteleuropäischen Staaten entsprach, mit diesen nicht Schritt halten. Für sie bedeutete die Integration in den östlichen Wirtschaftsbereich eine Angleichung des Entwicklungsniveaus nach unten. Inwieweit für die restlichen ost/südosteuropäischen Peripherieländer das sozialistische Gesellschaftssystem und die Eingliederung in den COMECON ökonomische Entwicklungsvorteile mit sich brachten, ist nur schwer zu beantworten. Tatsache ist jedenfalls, daß sich der wirtschaftliche Entwicklungsrückstand dieser Länder gegenüber den nordwesteuropäischen Staaten bisher kaum verringert hat.

Es ist aber auch sehr deutlich, daß der ins Auge springende Entwicklungsunterschied zwischen West- und Osteuropa nicht nur auf das verhängnisvolle Erbe des »realen« Sozialismus zurückzuführen ist. Die ost- und südosteuropäischen Staaten tragen immer noch am Erbe ungünstiger historischer Entwicklungsbedingungen, vor allem am Erbe inegalitärer Feudalstrukturen, die durch die sozialistische Gesellschaftstransformation zwar offiziell aufgehoben wurden, unter der Oberfläche aber weiterhin wirksam waren. Diese Strukturen waren in den zum sozialistischen Block gehörenden Ländern Osteuropas aber nicht durchwegs identisch. Dies spiegelt sich bis heute in der Tatsache, daß ein einheitliches Muster charakteristisch »sozialistischer« Klassenstrukturen und Aufstiegswege nicht feststellbar ist (HALLER 1990b). Gegenüber vergleichbaren kapitalistischen Peripheriestaaten (Portugal, Griechenland) weisen die sozialistischen Peripherien nach unseren Daten ein vergleichbares sozioökonomisches Entwicklungsniveau auf. Die neuen Informationen über die einstigen »realsozialistischen« Systeme, die nach ihrem Zusammenbruch von der Wende der 80er Jahre zu den 90er Jahren bekanntgeworden sind, lassen diese Aussage allerdings als problematisch erscheinen. Die statistisch gemessenen, von diesen Systemen zur Verfügung gestellten Daten haben verschleiert, welcher Raubbau an menschlichen und natürlichen Ressourcen, abgesehen von der politischen Unterdrückung, in ihnen betrieben wurde oder werden mußte, um die kochgesteckten Entwicklungsziele auch nur annäherungsweise erreichen zu können.

Von den Ländern, die um 1930 zur südlichen Peripherie Europas gehörten, haben Italien und Spanien ihre Position verbessern können. Die Tatsache der relativen Positionsverbesserung Spaniens relativiert im übrigen die Interpretation des positiven Effektes des Aufbaus der EG für die sozioökonomische Entwicklung: Spanien wurde ja erst 1986 Mitglied der Europäischen Gemeinschaft. Wieweit sich ein positiver Integrationseffekt in die EWG in Portugal und Griechenland zeigen wird, bleibt abzuwarten, da diese Länder sowohl von ihrer geökonomischen Situierung als auch von ihrer soziokulturellen Binnenstruktur her am weitesten vom Zentrum Europas »entfernt« sind.

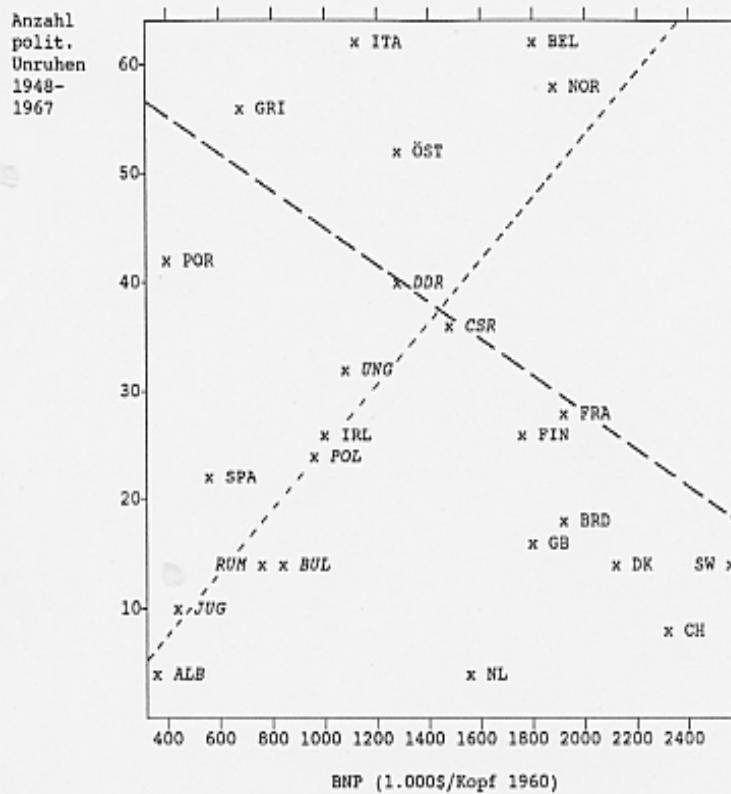
In dieser Hinsicht ist ein weiteres Datum höchst aufschlußreich, das wir hier noch präsentieren möchten. Es ist dies der Zusammenhang zwischen wirtschaftlichem Entwicklungsniveau und Anzahl der politischen Unruhen im Zeitraum von ca. 1948-1967. Es zeigt sich, daß zwischen diesen beiden Variablen ein sehr starker Zusammenhang besteht, der jedoch für die west- und osteuropäischen Länder völlig unterschiedlich ausgeprägt ist. »Politische Unruhen« (riots) wurden dabei definiert als massenhafte Demonstrationen, Streiks u.a. öffentliche Protestbewegungen, bei denen Verletzte zu verzeichnen waren. Hier besteht für die westlichen Länder ein deutlich negativer, für die sozialistischen Länder jedoch ein fast perfekter positiver Zusammenhang. D.h., je entwickelter ein Land im Westen, desto weniger Unruhen, je entwickelter im Osten, desto mehr Unruhen! Die Ausnahmen von diesem Muster sind durchwegs ohne weiteres interpretierbar. So handelte es sich im Westen damals entweder um Dik-

taturen (Portugal, Spanien), um ethnisch inhomogene, konfliktreiche Länder (Belgien) oder typisch »sozialpartnerschaftliche« Länder (Niederlande). Dieser Befund verweist nach unserer Meinung auf die Tatsache, daß wir selbst mit unseren relativ groben Indikatoren für das sozioökonomische Entwicklungsniveau Dimensionen erfaßt haben, die für gesellschaftliche und politische Prozesse in den beteiligten Ländern größte Bedeutung besitzen. Im kapitalistischen Westeuropa waren es vor allem die Bürger in den ärmeren Ländern, die mit der sozioökonomischen und politischen Lage ihres Landes unzufrieden waren. Im staatssozialistisch-kommunistischen Osteuropa waren hingegen die Bürger der relativ fortgeschrittensten Länder mit der Lage und den Entwicklungsperspektiven, die ihnen die Regierungen ihres Landes boten, am unzufriedensten. Dafür verantwortlich war zum einen der zunehmende Rückstand ihrer Länder im materiellen Lebensniveau. So war es sicherlich kein Zufall, daß die Erosion und der Zerfall der kommunistischen Herrschaft in Osteuropa sehr stark zusammenhängen mit dem extremen Wohlstandsgefälle, das sich entlang der Ost-West-Grenze allmählich geöffnet hatte. Zum anderen war dafür aber auch die politische Unterdrückung verantwortlich, die in den fortgeschrittenen Ländern Mittel-Osteuropas, die bereits früher demokratische Verhältnisse kennengelernt hatten, am bedrückendsten empfunden wurde. Dazu kam auch der höhere Bildungsstand der Bevölkerung in diesen Ländern.

Kehren wir jedoch zurück zur Diskussion der weiteren Veränderungen in der allgemeinen Struktur von Zentren und Peripherien in Europa. Während sich an der Lage der europäischen Peripherien nach ökonomischen Kriterien von der Zwischenkriegszeit bis in die späten 70er Jahre nur wenig verändert hat, haben im sozialen und kulturellen Bereich doch stärkere Angleichungen stattgefunden. Vor allem die früheren Rückstände der süd- und osteuropäischen Länder im Bildungsbereich konnten mittlerweile weitgehend aufgeholt werden. Auch die Unterschiede zwischen den Zentrums- und Peripherieländern in der medizinischen Versorgung sind vergleichsweise zu den ökonomischen Unterschieden nur mehr sehr gering.

Die hier aufgeführten Indikatoren berechtigen aber allenfalls, von einer Angleichung soziokultureller Oberflächenstrukturen zu sprechen. Wenngleich sich im Prozeß der Modernisierung bestimmte sozioökonomische Strukturen (Umschichtung der Wirtschaftssektoren, Geburtenrate usw.) allmählich annähern, dürften die soziokulturellen Tiefenstrukturen der einzelnen europäischen Länder, die sich im Lauf der Geschichte herausgebildet haben, davon in erheblichem Maße unberührt bleiben. Dafür geben etwa die Anpassungsprobleme südeuropäischer Gastarbeiter an die Lebensweise nordeuropäischer Länder (ja selbst süditalienischer Arbeiter in Norditalien) Zeugnis. Die Angleichung sozialer und politischer Strukturen zwischen den europäischen Ländern läßt nicht erwarten, daß auch das Zentrum-Peripherie-Gefälle in gleichem Maße angeglichen wird, da der soziokulturelle Kontext, in den derartige Strukturveränderungen eingebettet sind, jeweils ein anderer ist.

Abbildung 3: Die Beziehung zwischen dem wirtschaftlichen Entwicklungsniveau und politischen Unruhen in West- und Osteuropa in der Nachkriegszeit



Westeruropa: Pearson $r = -.40$
 Osteuropa: Pearson $r = .92$

Quelle: Taylor/Hudson (1972), S. 88ff, S. 314ff.

Ein Ausgleich des Zentrum-Peripherie-Gefälles in Europa ist aber auch aufgrund der derzeitigen gesamteuropäischen Wirtschaftslage nach dem Fall des Eisernen Vorhangs zwischen Ost und West nicht zu erwarten. Die Wachstums- und Beschäftigungskrisen in den hochentwickelten westlichen Industriestaaten führen sowohl innerhalb der einzelnen Länder als auch zwischen den Ländern zu einer erneuten Verschärfung der kapitalistischen Konkurrenz und erzeugen einen erhöhten Peripherisierungsdruck. Davon sind zwar am härtesten die außereuropäischen Dritte-Welt-Länder betroffen, aber auch der wirtschaftlichen Integration innerhalb Europas werden dadurch klare Grenzen gesetzt. Die Entwicklungsperspektiven der postkommunistischen Länder Osteuropas sind heute vor allem dadurch gehandikapt, daß im hochentwickelten Westeuropa im Laufe von über 30 Jahren wirtschaftlicher Integration ein immenses und hocheffizientes Potential an Produktionsanlagen und Dienstleistungsunternehmen aufgebaut worden ist. Eine autonome nachholende Industrialisierung und Modernisierung Osteuropas, die nicht in die Fehler verfällt, die bei der deutschen Wiedervereinigung gemacht wurden (vgl. HANKEL 1993) wird dadurch außerordentlich erschwert.

Literatur

- Anderson, Perry (1978): Von der Antike zum Feudalismus, Spuren der Übergangsgesellschaften, Frankfurt: Suhrkamp
- Arnold, Hans (1993): Europa am Ende? Die Auflösung von EG und NATO, München: Piper
- Berend, Ivan T./Ranki, György (1982): The European Periphery and Industrialisation 1780-1914, Budapest: Akademiai Kiado
- Bornschiefer, Volker (1988): Westliche Gesellschaft im Wandel, Frankfurt/New York: Campus
- Brenner, Robert (1987): Agrarian Class Structure and Economic Development in Pre-Industrial Europe, in: Aston/Philpin, eds., The Brenner Debate, Cambridge: Cambridge University Press
- Buss, Andreas (1989): The Economic Ethics of Russian-Orthodoxe Christianity: Part I, International Sociology 4: 235-258
- Christaller, Walter (1950): Das Grundgerüst der räumlichen Ordnung in Europa, Frankfurter Geographische Hefte, 24. Jg., Heft 1
- Cipolla, Carlo M./Borchardt, Knut (1971): Bevölkerungsgeschichte Europas, Mittelalter bis Neuzeit, München: Piper
- De Marchi, Bruna/Boileau, Anna M. (1982): Boundaries and Minorities in Western Europe, Milano: Angeli
- Faber, Richard (1979): Abendland. Ein »politischer Kampfbegriff«, Hildesheim: Gerstenberg Verlag

- Flora, Peter (1981): Stein Rokkans Makro-Modell der politischen Entwicklung Europas: Ein Rekonstruktionsversuch, KZfSS, 33. Jg., Heft 3
- Flora, Peter (1987): State, Economy and Society in Western Europe 1815-1975, Vol. 2: The Growth of Industrial Societies and Capitalist Economies, Frankfurt: Campus
- Flores, X. (1967): Estructura Socioeconomica de la Agricultura Espanola, Barcelona: Ed. Peninsula
- Foerster, Rolf H. (1963): Die Idee Europa 1300-1946. Quellen zur Geschichte der politischen Einigung, München: dtv
- Gunst, Peter/Hoffmann, Tamas (1982): Grand domaine et petites exploitations en Europe en Moyen Age et dans les temps modernes, Budapest: Akademiai Kiado
- Hadjimichalis, Costis (1987): Uneven Development and Regionalism: State, Territory and Class in Southern Europe, London: Croom Helm
- Halecki, Oskar (1957): Europa. Grenzen und Gliederung seiner Geschichte, Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft (engl. 1950)
- Haller, Max (1983): Theorie der Klassenbildung und sozialen Schichtung, Frankfurt/New York: Campus
- Haller, Max (1986): Wandel der Berufsstruktur und Arbeitslosigkeit in Westeuropa, 1960 - 1983, Universität Graz (Arbeitspapier Nr. 2 der Studiengruppe »International Vergleichende Sozialforschung«)
- Haller, Max (1990a): The Challenge for Comparative Sociology in the Transformation of Europe, International Sociology 2:183-204 (kürzere deutsche Fassung: Grenzen und Variationen gesellschaftlicher Entwicklung in Europa - eine Herausforderung und Aufgabe für die vergleichende Soziologie, Österreichische Gesellschaft für Soziologie, 13. Jg., Heft 4/1988)
- Haller, Max (1990b): Class Structure in Europe. New Findings from East-West Comparisons of Social Structure and Mobility. Armonk/London: M.E. Sharpe
- Haller, Max/Peter Schachner-Blazizek, Hrsg. (1994), Europa - wohin? Wirtschaftliche Integration, soziale Gerechtigkeit und Demokratie, Graz: Leykam Verlag
- Hankel, Wilhelm (1993): Die sieben Todsünden der Vereinigung. Wege aus dem Wirtschaftsdesaster, Berlin: Siedler Verlag
- Hechter, Michael (1980): Modes of Production and State Formation in Western Europe, American Journal of Sociology 85:1061-1094
- Jordan, Terry G. (1988): The European Culture Area. A Systematic Geography, New York: Harper & Row
- Kaelble, Hartmut (1987): Auf dem Weg zu einer europäischen Gesellschaft. Eine Sozialgeschichte Westeuropas 1880-1980, München: C.H. Beck Kohn, Melvin L./Carmi Schooler (1983): Work and Personality: An Inquiry into Social Stratification, Norwood/N.Y.: Ablex Publ. Corp.
- Lane. David (1990): Soviet Society under Perestroika, Boston: Unwin Hyman

- Lenski, Gerhard (1973): Macht und Privileg, Frankfurt: Suhrkamp
- Matl, J. (1968): Bauer und Grundherr in der Geschichte der Balkanvölker, Darmstadt: Hoppenstedt
- Mayer, Franz G., Hg. (1973): Fischer Weltgeschichte. Band 13: Byzanz, Frankfurt: Fischer Taschenbuch Verlag
- Rokkan, Stein (1979): Peripheries and Centers: The Territorial Structure of Western Europe, in: P. Adams/S. Rokkan: Core and Periphery Contrasts in Europe, ETI-Project, Bergen: ETI-Project
- Rokkan, Stein (1980): Eine Familie von Modellen für die vergleichende Geschichte Europas, Zeitschrift für Soziologie 9:118-128
- Rokkan, Stein/D. Urwin et al. (1987): Centre-Periphery Structures in Europe. An ISSC Workbook in Comparative Analysis, Frankfurt/New York: Campus
- Schlosser, Otto (1976): Einführung in die sozialwissenschaftliche Zusammenhangsanalyse, Reinbek bei Hamburg: Rowohlt
- Senghaas, Dieter (1982): Von Europa lernen. Entwicklungsgeschichtliche Betrachtungen, Frankfurt: Suhrkamp
- Shils, Edward (1982): The Constitution of Society, Chicago/London: The University of Chicago Press
- Sperling, Walter/Adolf Karger, Hrsg. (1989), Europa, Frankfurt/M.: Fischer
- Von Beyme, Klaus (1975): Ökonomie und Politik im Sozialismus, München: R. Piper
- Wallerstein, Immanuel (1974): The Modern World-System, New York/San Francisco/London: Academic Press
- Wallerstein, Immanuel (1983): Klassenanalyse und Weltsystemanalyse, in: Reinhard Kreckel, Hrsg., Soziale Ungleichheiten, SB 2, Soziale Welt, S. 301-320

Statistische Quellen für die verwendeten Sozialindikatoren

- Berend, Ivan T./Ranki, György (1982): The European Periphery and Industrialisation 1780-1914, Budapest: Akademiai Kiado
- Cipolla, Carlo M./Borchardt, Knut (1971): Bevölkerungsgeschichte Europas, Mittelalter bis Neuzeit, München: Piper
- Flora, Peter (1983): State, Economy and Society in Western Europe 1815-1975, Vol. 1: The Growth of Mass Democracies and Welfare State, Frankfurt: Campus
- Flora, Peter (1987): State, Economy and Society in Western Europe 1815-1975, Vol. 2: The Growth of Industrial Societies and Capitalist Economies, Frankfurt: Campus
- Grothusen, K.D. (Hg.) (1975): Südosteuropa Handbuch Band 1: Jugoslawien, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht

- Hadjimichalis, Costis (1987): *Uneven Development and Regionalism: State, Territory and Class in Southern Europe*, London: Croom Helm
- Knauer's Großer Historischer Weltatlas (1975), München: Droemer-Knauer
- Mitchell, B. R., ed. (1975): *European Historical Statistics 1750-1970*, London: Macmillan
- Pletsch, Alfred (1978): *Frankreich*, Stuttgart: Klett
- Statistical Yearbook of the League of Nations 1930/31 (1931), Genf: Société de Publication de la Société des Nations
- Statistisches Handbuch für die Republik Österreich 1984, Wien: Österreichische Staatsdruckerei
- Taylor, Charles L./Michael C. Hudson (1972): *World Handbook of Social and Political Indicators*, 2nd. ed., New Haven/London: Yale University Press
- Taylor, Charles L./David A. Jodice (1983): *World Handbook of Political and Social Indicators*, 3. Aufl., New Haven/London: Yale University Press (2 Bde.)
- The East European and Soviet Data Handbook (1975), Paul S. Shamp, ed., New York: Columbia University Press
- Yearbook of the United Nations (1986), Volume 40, New York: Office of Public Information, United Nations